

Internationales Institut für liberale Politik Wien

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE

Liberaler Politik in Österreich

Ein Nachheft zur Ausstellung des Internationalen Instituts
für Liberale Politik vom 19. – 29. September 2006

Vorwort des Herausgebers	3
Die Autoren dieses Heftes	4
Liberaler Politik in Österreich Eine Ausstellung des Internationalen Instituts für Liberale Politik vom 19. – 29. September 2006 in der Säulenhalle des Parlamentsgebäudes in Wien	5
Erich Reiter Über den politischen Gebrauch des Wortes „Liberalismus“	32
Lothar Höbelt Das Schicksal des politischen Liberalismus in Österreich	36
Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe bisher erschienen	42



Internationales Institut
Liberale Politik Wien

Board internationaler Konsulenten

Univ.-Prof. Dr. Lothar Höbelt, Universität Wien

Dr. Gottlieb F. Hoepli, Chefredaktor, St. Gallen

Dir. Andreas Kirschhofer-Bozenhardt, Linz

Prof. Stefan Pickl, Universität der Bundeswehr München

Prof. Dr. Peter Schmidt, Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin, Universität Mannheim

Dr. Urs Schöttli, Korrespondent, Tokio – Hongkong

Prof. Dr. Peter W. Schulze, Universität Göttingen

Prof. Dr. Andrei V. Zagorski, MGIMO, Moskauer staatliches Institut für internationale Beziehungen

Impressum

Eigentümer und Verleger: Internationales Institut für liberale Politik Wien

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Sektionschef Hon.Prof. DDr. Erich Reiter

Alle: 1010 Wien, Fleischmarkt 18/15

Wien, August 2007

Gesamtherstellung: Offsetdruck Ing. H. Kurz GmbH, 8665 Langenwang, Bahnhofstraße 3

ISBN 978-3-902595-04-1

Gefördert aus Mitteln der Republik Österreich.
Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Die sozialwissenschaftliche Schriftenreihe wurde vom Institut für
politische Grundlagenforschung 1983 gegründet und 1988 eingestellt.
Sie wird seit 2006 vom Internationalen Institut für liberale Politik Wien weitergeführt.

Vorwort des Herausgebers

Mit der Ausstellung „Liberale Politik in Österreich“, die vom 19.–29. September 2006 in der Säulenhalle des Parlamentsgebäudes in Wien präsentiert worden ist, wollte das Internationale Institut für Liberale Politik Wien (IILP) dem gängigen Vorurteil entgegentreten, dass es liberale Politik in Österreich ohnehin nie gegeben habe.

Liberale Politik hat Österreich in der Zeit, als Verfassung und politische Lager entstanden sind, entscheidend geprägt – eine Tatsache, die nicht nur aus offensichtlichen politischen Motiven gerne übersehen wird: Eine klare Abgrenzung liberalen Gedankengutes wird auch durch die weite Bedeutung und vielfältige Verwendung des Wortes „liberal“ behindert.

Liberale Ideen haben die Entwicklung des modernen Rechtsstaates und unserer pluralistisch-säkularen Gesellschaft maßgeblich mitbestimmt, auch wenn diese ideellen Wurzeln im politischen Urteil des 20. Jahrhunderts vielfach verdrängt worden sind. Erst die aktuelle Kritik an einem sogenannten „Neoliberalismus“, dessen liberale Qualität gar nicht zur Diskussion steht, und die Diskussion über eine sogenannte „Globalisierung“, die sich vielleicht besser als Entnationalisierung und Reglobalisierung darstellt, lassen die Leistungen der Gründergeneration des Liberalismus wieder aktuell erscheinen.

Das vorliegende Heft versteht sich als zusammenfassende Dokumentation dieser Ausstellung. Neben dem Hauptbeitrag, der im Wesentlichen die Ausstellung inhaltlich nachzeichnet, werden hier zwei Aufsätze nochmals abgedruckt, die im Zuge der Vorbereitung dieser Ausstellung entstanden sind.

Erich Reiter

Die Autoren dieses Heftes

Univ.-Prof. Dr. Lothar Höbelt, geb. 1956; Professor für neuere Geschichte an der Universität Wien, Schüler und Assistent von Heinrich Lutz, 1991 Habilitation, 1992 Gastprofessor an der University of Chicago, 1992–2002 Konsulent an der Freiheitlichen Akademie.

Sekt.Chef Hon.-Prof. DDr. Erich Reiter, geb. 1944, war Sektionschef und Beauftragter für strategische Studien im Bundesministerium für Landesverteidigung. Der Experte für Fragen der internationalen Sicherheitspolitik ist Honorarprofessor für Internationale Wirtschafts- und Sozialbeziehungen an der Karl-Franzens-Universität Graz und Präsident des Internationalen Instituts für liberale Politik Wien (IILP).

Liberales Politik in Österreich

Eine Ausstellung des Internationalen Instituts für Liberale Politik vom
19. – 29. September 2006 in der Säulenhalle des Parlamentsgebäudes in Wien

Das Janusgesicht der Aufklärung

Geistesgeschichtlich hat die Aufklärung mit der Ablöse eines verbindlichen kirchlich-konfessionellen Weltbildes die Voraussetzungen für den Liberalismus geschaffen – allerdings auch für alle anderen konkurrierenden säkularen Heilslehren. Zur Beleuchtung dieses „Janusgesichts der Aufklärung“ mögen die folgenden Zitate berühmter Denker dienen, die sowohl das liberale als auch das anti-liberale Potenzial der Aufklärung illustrieren.

Der Mensch wird frei geboren, aber überall liegt er in Ketten.

Jean-Jacques Rousseau

A wise government shall restrain men from injuring one another and leave them free to regulate their own pursuits of industry and improvement.

Thomas Jefferson

Jeder Gesetzgeber, der sich zu einer Religion bekennt, muss tolerant sein.

Voltaire

Sitten und Gebräuche durch Gesetze ändern zu wollen ist Tyrannei.

Montesquieu



Abb. 1: Januskopf

Wer dem Gemeinwillen den Gehorsam verweigert, muss dazu gezwungen werden, frei zu sein.

Jean-Jacques Rousseau

...to attain all this however rivers of blood must yet flow.

Thomas Jefferson

Ecrasez l'infame ! (Vernichtet die infame – Kirche!)

Voltaire

Vom Absolutismus des 18. Jahrhunderts zur liberalen Verfassung des 19. Jahrhunderts

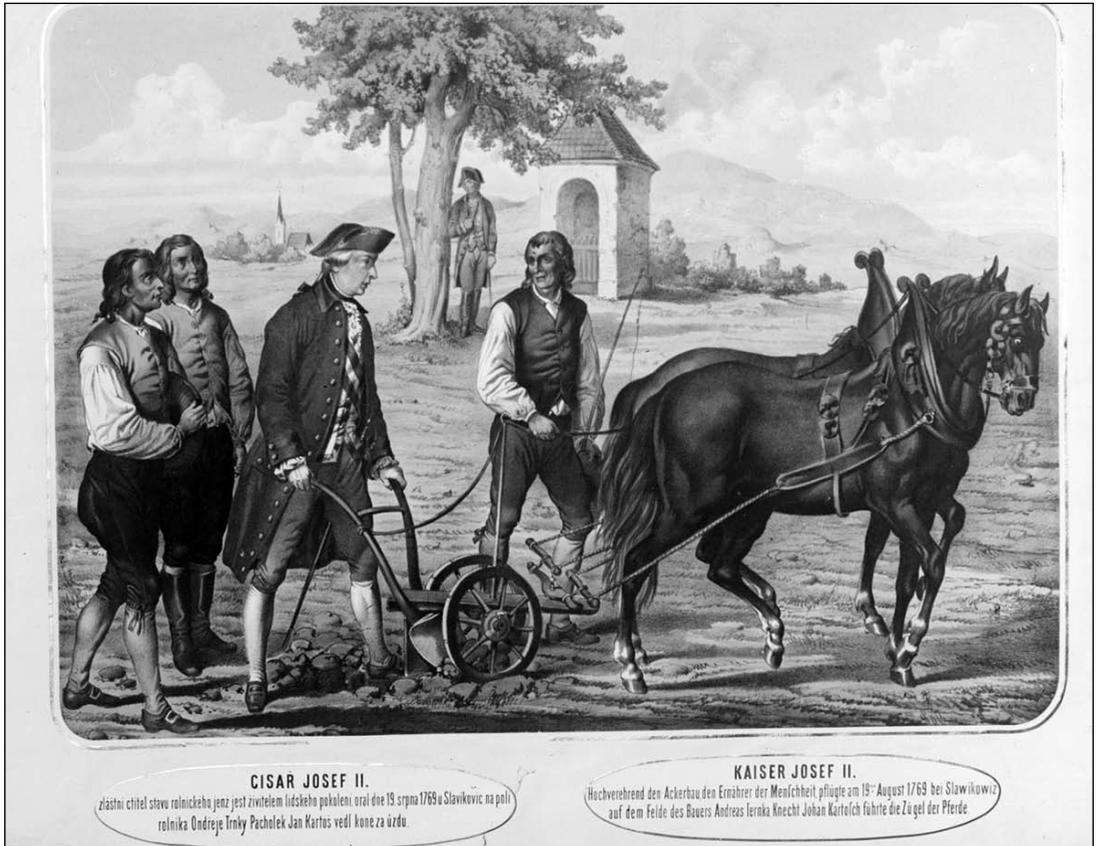
In der „Realpolitik“ wurde die Aufklärung in einer dialektischen Weise wirksam: Von ihr beeinflusst waren sowohl der egalitäre sogenannte „aufgeklärte Absolutismus“ als auch die „Stände“, die althergebrachten parlamentarischen Versammlungen, die den Absolutismus bekämpften. Eine Synthese brachte hier erst der liberale Verfassungsstaat des 19. Jahrhunderts.

Im „höfischen“ Absolutismus – stellvertretend dafür das Portrait Karl VI. (1711–1740) – verlieren die adeligen Ständeversammlungen den Großteil ihrer politischen Mitspracherechte, sie bewahren aber ihre ständischen Privilegien und ihre Herrschaftsrechte über die bäuerlichen Untertanen.



Abb. 2: Kaiser Karl VI.

Der „aufgeklärte“ Absolutismus strebt einen einheitlichen Untertanenverband an (Aufhebung der „Leibeigenschaft“) und bietet „Bürgerlichen“ vermehrte Aufstiegschancen – möchte aber die gesamte Gesellschaft dem uneingeschränkten Herrscherwillen und dem staatlichen „social engineering“ unterwerfen („alles für das Volk, nichts durch das Volk“). Das beste Beispiel dafür stellt Joseph II. dar, der sich symbolisch einmal selbst an den Pflug stellte – eine Episode, die in vielen Darstellungen und Denkmälern weiterlebt.



CISAR JOSEF II.
 zlástni chítel stovu rolnického jenz jest zvitilem lidského pukalet, oral dne 19 srpna 1769 u Slavkovic na poli rolníka Ondřeje Trnky Pechleka Jan Kartus vedl kone za úrdou.

KAISER JOSEF II.
 Hochverehrend den Ackerbau den Ernährer der Menschheit pflügte am 19. August 1769 bei Slavkowitz auf dem Felde des Bauers Andreas Iernka Knecht Johan Kartolch führte die Zügel der Pferde

Abb. 3: Kaiser Joseph II. am Pflug

Die aristokratischen Ständeversammlungen treten gegen die Bevormundung durch die staatliche Bürokratie auf, streben verstärkte Mitspracherechte und effektive Gewaltenteilung an, verteidigen aber ihre adeligen Herrschafts-Privilegien.

Der Sitz der niederösterreichischen Stände, zusammengesetzt aus Adel, Geistlichkeit (Klöster) und Vertretern der städtischen Obrigkeiten, war das Landhaus in der Herrengasse in der Herrengasse.



Abb. 4: Landhaus in der Wiener Herrengasse

Die Revolution von 1848 und der liberale Verfassungsstaat

Der liberale Verfassungsstaat verbindet Rechtsgleichheit mit politischer Mitbestimmung und festgeschriebener Gewaltenteilung. In Mitteleuropa begann die Ära des Verfassungsstaates mit dem Bankrott des absolutistischen Systems und dem „Völkerfrühling“ des Jahres 1848.

Die Liberalen der ersten Generationen nannten sich nicht zufällig „Verfassungspartei“. Der Kollaps des unbeweglichen absolutistischen Regimes, oft als Metternich'sches System bezeichnet, verhalf dem Ruf nach einer Verfassung („Konstitution“) zum Durchbruch. Gewählte konstituierende Versammlungen sollten auf allen Ebenen des politischen Lebens eine Verfassung ausarbeiten, die Gewaltenteilung, Bürgerrechte und Mitbestimmung sichern soll.

Die erste Wahl – mit einem fast allgemeinen Wahlrecht – fand im April 1848 zur deutschen Nationalversammlung statt, die in der Frankfurter Paulskirche zusammentrat und den „steirischen Prinzen“ Erzherzog Johann zum provisorischen Oberhaupt Deutschlands wählte, der Anton von Schmerling zum Reichsministerpräsidenten ernannte. Die Nationalversammlung arbeitete eine Verfassung aus, die 1849 im Zeichen der Gegenrevolution von den Einzelstaaten des Deutschen Bundes abgelehnt wurde.

Wenige Wochen später wurde für die österreichischen Kronländer des Deutschen Bundes und Galizien ein Reichstag gewählt, der im Juli in der Hofreitschule zusammentrat und nach den Wiener Kämpfen des Oktober nach Kremsier verlegt wurde. Kurz vor Fertigstellung des Verfassungsentwurfes wurde der Reichstag im März 1849 von Franz Joseph I. und seinem Ministerpräsidenten Schwarzenberg aufgelöst!

In den Ländern wie z.B. Niederösterreich hatten die traditionellen Stände am 13. März den Anstoß zur konstitutionellen Entwicklung gegeben, als sie die Forderungen der Demonstranten bei Hof vertraten, sie gerieten aber bald ins Visier der Radikalen, die im Mai ihre adeligen Wortführer aus Wien vertrieben. In den meisten Ländern verstärkten sich die Stände durch Kooptation von Abgeordneten des Bürger- und Bauernstandes, sie wurden aber vom Neo-Absolutismus – der einzigen Periode ohne Landtage – aufgelöst!

Nur auf der untersten Ebene, in den Gemeinden, amtierten die 1848/49 gewählten Bürgermeister und Gemeinderäte auch nach der siegreichen Gegenrevolution weiter.

Der Kampf um die Verfassung entwickelte sich nach dem Anfangserfolg von einem Kampf der Bürger gegen die bürokratisch-militärischen Strukturen des Absolutismus immer mehr zu einem Ringen unterschiedlicher Schichten und der verschiedenen Nationen des Vielvölkerreiches um Macht und Einfluss.

Radikale Demokraten setzten auf Volkssouveränität, gemäßigte Liberale auf Gewaltenteilung – ein Konflikt, der sich in der sogenannten „Sturmpetition“ im Mai entlud.

Der Hof setzte abwechselnd auf Deutsche und Tschechen, förderte gegen die revolutionären Polen die Ukrainer, gegen die nach Selbständigkeit strebenden Ungarn die Kroaten. Der Kampf zwischen Ungarn und Kroaten griff im Oktober 1848 auch auf Wien über, wo seit dem Frühjahr die Nationalgarde – als militärischer Ausdruck der „civil society“ – für Recht und Ordnung sorgte. Ein prominenter Teil der Nationalgarde war die Akademische Legion. Die liberalen Errungenschaften des März 1848 gingen im Herbst in einem Bürgerkrieg unter, der auch die Nationalgarde spaltete – und letztlich vom regulären Militär für die Gegenrevolution entschieden wurde.

Die Gegenrevolution mündete in den sogenannten „Neo-Absolutismus“. Kaiser Franz Joseph nahm das Verfassungsversprechen von 1848/49 zurück und regierte – gestützt auf Militär und Kirche – bis 1859/60 wiederum absolut, ohne jede parlamentarische Kontrolle. Doch das neoabsolutistische Regime stolperte über äußere Niederlagen (Schlacht von Solferino 1859) und die finanziellen Belastungen, die damit einhergingen. Ohne parlamentarische Kontrolle lebte der Staatsapparat über seine Verhältnisse. Es waren die Finanzmärkte, die 1859/60 auf der parlamentarischen Kontrolle des Staatshaushalts bestanden – andernfalls würden keine Kredite zur Deckung des Defizits (und zur Bezahlung der Armee!) flüssig gemacht.

Der Weg zum Verfassungsstaat vollzog sich schrittweise: Die Namen der Verfassungen waren mit Monatsnamen geknüpft. Den Anstoß gab eine Niederlage gegen äußere Feinde – die Schlacht bei Solferino 1859. Es folgte der Versuch, die traditionellen Strukturen vom Adel und Kirche stärker als Stützen des Staates heranzuziehen, das Schwergewicht der Politik in die Landtage zu verlegen und dem Kaiser in den Haupt- und Staatsaktionen seine Prerogative zu bewahren: Das Oktoberdiplom 1860 war in dieser Beziehung ein Kompromissangebot, das zum Teil an die Traditionen der alten Stände anknüpfte.

In Form von Durchführungsbestimmungen – des sogenannten Februarpatents 1861 – erweiterte Schmerling die Rechte des zentralen Parlaments, das erstmals über das zentrale Instrument jedes Parlaments verfügte – das Budgetrecht. Er nahm dafür den Widerstand der Ungarn, später auch der Tschechen in Kauf, die das Zentralparlament boykottierten. Bezeichnend die Anekdote, dass Schmerling höchstpersönlich die Drucklegung des Februarpatents in der Staatsdruckerei überwachte, um Überraschungen in letzter Minute auszuschließen.

Anton von Schmerling

Der Niederösterreicher Ritter Anton von Schmerling, der „Vater der Verfassung“, war 1848 unter Erzherzog Johann deutscher Reichsministerpräsident, 1861 dann auch im konstitutionellen Österreich de facto Erster Ministerpräsident („Staatsminister“).

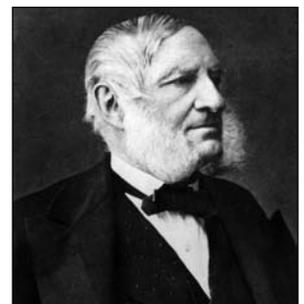


Abb. 5: Anton von Schmerling

Er vertrat eine zentralistische Verfassung und wurde berühmt mit dem – wie so oft, falsch zitierten – Spruch „Wir können warten...“: bis sich nämlich all die Nationen, die den Reichsrat anfangs boykottierten, auch tatsächlich eingefunden haben.



Abb. 6: Karikatur „Alte Anekdote“

Das provisorische Reichsratsgebäude am Beginn der Währinger Straße hieß allgemein das „Schmerling-Theater“.

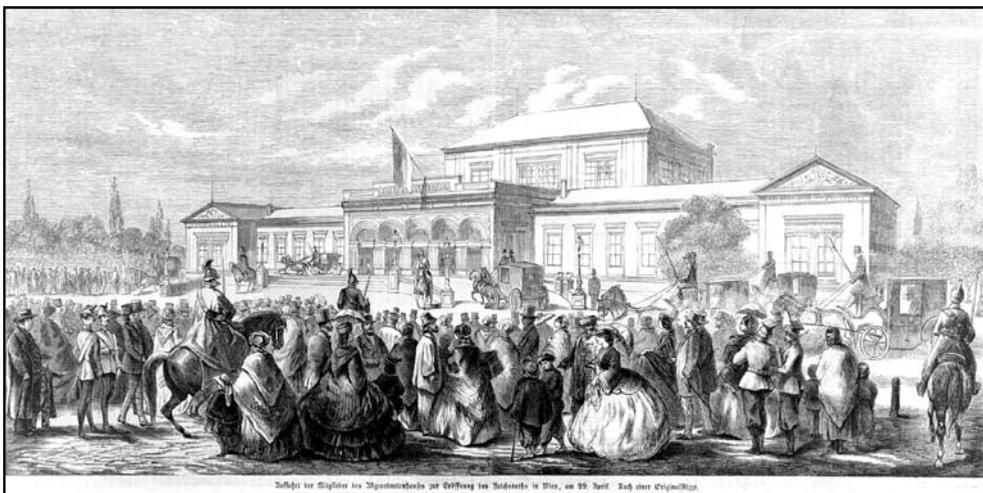


Abb. 7:
Das provisorische Reichsratsgebäude am Beginn der Währinger Straße

Seine liberal-konservative Haltung stieß bei den radikaleren Liberalen um Eduard Herbst und Karl Giskra auf Widerspruch; nicht zuletzt der Fraktionszwang war verpönt – siehe die Karikatur über die Abgeordneten im Zentrum, die stets mit Schmerling stimmten.

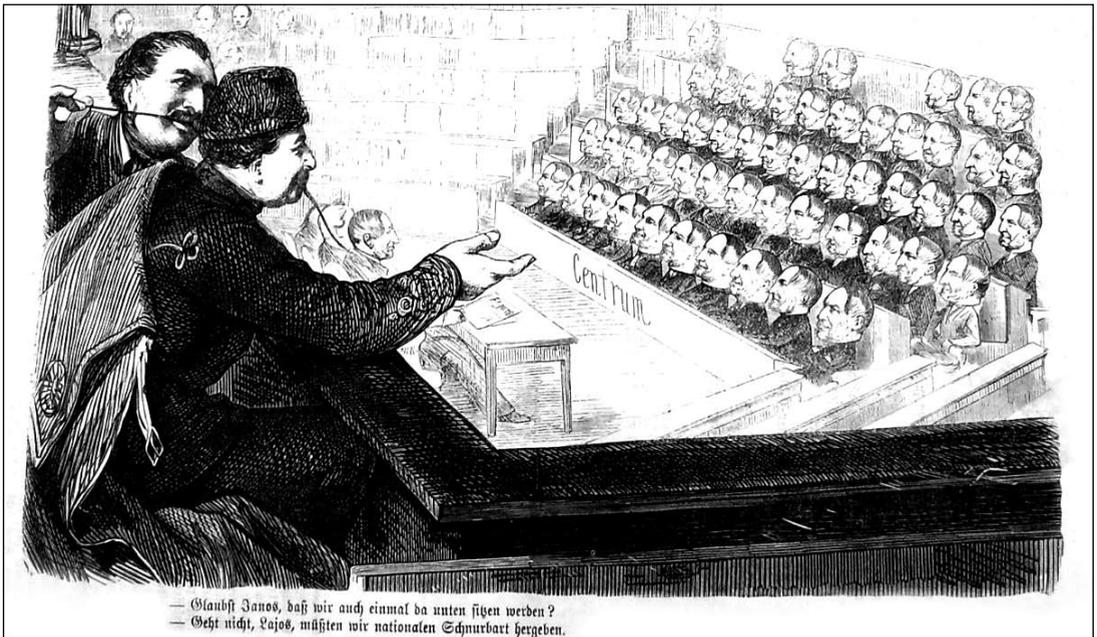


Abb. 8: Karikatur über die Abgeordneten im Zentrum

1865 wurde Schmerling durch die Opposition von links und von rechts gestürzt. Dazu erschien als literarische Anspielung auch eine auf Schmerlings Getreue gemünzte Parodie von Heinrich Heines „Zwei Grenadiere“ – mit Schmerling anstelle Napoleons.

Die zwei Deputirten.

(Nach Heines's „Zwei Grenadiere“.)

Zwei Deputirte kehrten nach Wien,
Die waren auf Urlaub gegangen,
Und als sie kamen zum Volkshaus hin,
Sie ließen die Köpfe hangen.
Da ward's ihnen völlig sonnenklar
Was erst sie vernommen mit Bangen,
Daß besiegt und geschlagen der Februar,
Und der Schmerling, der Schmerling gegangen!
Da weinten die zwei Deputirten schier
Ein Kammerduett zusammen;
Der Eine sprach: Wie weh' wird mir,
Wer löscht meiner Schmerzen Flammen?!
Der And're sprach: „Das Lied ist aus,
Auch ich möcht' mich lieber trollen,
Doch hab ich Committenten zu Haus,
Die mir darob dann grollen!“ —

Abb. 9: Spottgedicht „Die zwei Deputierten“

„Was scheert mich der Committenten Groll,
Ich trage ein höh'res Verlangen,
Laß fahren, was schon zum — Belcredi soll, —
Der Schmerling, mein Schmerling gegangen!

Gewähr' mir Bruder eine Bitt':
Wenn bald ich sterben werde,
So gib mir ja den „Botschafter“ mit
Hinab in die kühle Erde.

Vom biedern „Hansjörgl“ einen Band
Sollst du an's Herz mir drücken,
Die „Ostdeutsche“ gib mir in die Hand,
Den „Wanderer“ unter den Rücken.

So will ich harren und warten lang
Auf neue Ministerlisten,
Bis einst ich hör' Liedertafelgesang
Und „Hoch's“ der Theresianisten.

Dann schreitet der Schmerling wohl über mein Grab,
Rundschreibensgedanken bligen,
Dann steig' ich belesen hervor aus dem Grab,
Den Schmerling, den Schmerling zu stützen! —

Ab 1867 war Schmerling im Herrenhaus Führer der „Verfassungspartei“, wie sich die Liberalen aller Schattierungen nannten.

Nach Schmerlings Sturz wurde die Verfassung 1865 noch einmal aufgehoben, „sistiert“. Doch wie schon einmal...

Die Niederlage von Königgrätz 1866 hatte zwiespältige Folgen für die Deutschliberalen: Österreich als bisherige Führungsmacht schied aus dem Deutschen Bund aus, der binnen Kurzem durch ein „kleindeutsches“ Reich ersetzt wurde; die militärische Niederlage beendete aber auch ein kurzes autoritäres Zwischenspiel in Österreich und führte zur dauerhaften Etablierung einer Verfassung, genannt die „Dezemberverfassung“ von 1867. Mit Ungarn fand man zu einem Ausgleich: Es gab ab jetzt zwei getrennte Parlamente, zwei getrennte Regierungen – und einen komplizierten Mechanismus zur Kontrolle der gemeinsamen Außen- und Militärpolitik, der in diesem Bereich keine sehr effektive Kontrolle garantierte. Oft kritisiert, hielt die Dezemberverfassung die Monarchie doch bis 1918 zusammen.

Das Problem der nationalen Minderheitenrechte, die schließlich brachial mit Obstruktion durchgesetzt wurden, stellte sich in einem multinationalen Parlament wie dem österreichischen Reichsrat mit besonderer Schärfe. Keine Nation wollte auf die Möglichkeit der Obstruktion verzichten – auch wenn die Obstruktion immer wieder als Anlass für autoritäre Intermezzi diente, die vom Kaiser (anders als von modernen Diktaturen) tatsächlich nur als vorübergehende Lösungen gedacht waren.

Das komplexe System, das sich daraus ab der Jahrhundertwende entwickelte, verkörperte ein informelles „nationales Veto“, das zumindest die größeren Völker der österreichischen Reichshälfte (Deutsche, Tschechen, Polen) einforderten – ein Vorläufer der „Luxemburger Klausel“ der EWG/EU?

Achillesferse: Zentralismus und nationale Autonomie

Die Achillesferse der zentralistischen Verfassung eines multinationalen Reiches waren die unerfüllten Autonomiebestrebungen der Nationalitäten. Der Ausgleich mit Ungarn war von vielen Liberalen mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden, noch weniger wollte man den Tschechen das so genannte „böhmische Staatsrecht“ zubilligen. Die Sudetendeutschen wären bei einer solchen Lösung in eine permanente Minderheitsposition geraten.

Die Polemik bediente sich gegen die tschechischen Wünsche aber gerne auch des Arguments des Panslawismus: Der böhmische Löwe bittet den russischen Bären, doch auch so „liebvoll“ ans Herz gedrückt zu werden wie seine (vom Zaren unterdrückten!) polnischen Stammesverwandten.



Abb. 10: Karikatur:
Der böhmische Löwe bittet den russischen Bären

Das Dilemma der Liberalen gegenüber „verfassungsfeindlichen“ Bestrebungen macht auch viel später noch ein Brief ihres Pressemanagers Singer/Sieghart (später Direktor der Bodencreditanstalt) deutlich: Gegen den Ausnahmezustand in Böhmen könne man nicht stimmen, „da die Regierung ihre Maßregel u. A. auch mit dem antidynastischen Charakter der jungtsch.[echischen] Agitation begründet. Bei dem bejahenden Votum klebt aber doch einer fortschrittlichen Partei ein gewisses Odium an ...“.

Der Kollaps des Absolutismus und das Sanierungsdilemma

Das absolutistische Regime musste der parlamentarischen Kontrolle zustimmen, weil die Finanzmärkte sonst keine Anleihen zur Verfügung gestellt hätten. Die Verfassungspartei musste dafür die Verantwortung für die Sanierung der Staatsfinanzen übernehmen. Der unvermeidliche Kassasturz führte zu dem Dilemma: Sollte man die Schulden der Vorgänger bezahlen oder den Staatsbankrott ausrufen? Die Anhänger des Abgeordneten Skene, die ausgesprochen, der für den Staatsbankrott eintrat, wurden scherzhaft „Schinesen“ genannt, blieben aber in der Minderheit. Da Skene als Textilfabrikant auch Armeelieferant war, suggeriert die Karikatur, wie man seiner Opposition gütlich Herr werden könne.

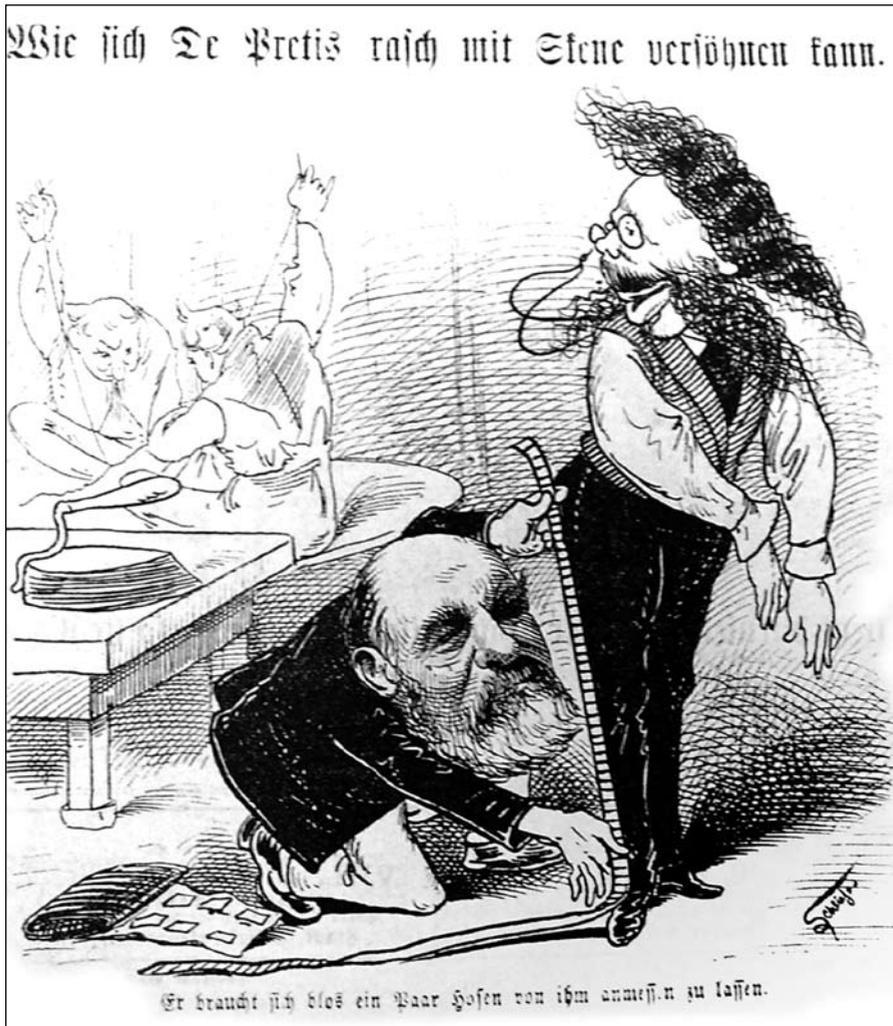


Abb. 11: Karikatur: Der Armeelieferant Skene misst dem Finanzminister De Pretis Hosen an

Eine Sanierung des Budgets war vor allem durch Kürzungen im Militäraufwand möglich, setzte die Liberalen dafür dem Vorwurf aus, unpatriotisch die Großmachtstellung der Monarchie zu gefährden. Die Karikatur lässt den Finanzminister de Pretis fragen: „Wo stecken denn die Steuerzahler?“ – wobei die Antwort suggeriert wurde: unproduktiv in der Armee.



Abb. 12:
Karikatur „Wo stecken denn die Steuerzahler?“

Auch die Hydra der Bürokratie erwies sich für Sanierer aller Couleurs schwer zu bekämpfen.



Abb. 13: Karikatur:
Der konservative Graf Belcredi als „Neuer Ritter St. George“

Libérale Ahnengalerie

Die liberale Ära begann mit **Fürst Carlos Auersperg**, genannt der „erste Cavalier des Reiches“, von einem gegnerischen Standesgenossen einmal charakterisiert



Abb. 15: Auersperg-Schloss Vlasim in Böhmen



Abb. 14: Fürst Carlos Auersperg

als „ohne Furcht und ohne Scham, pffiffig und impertinent“. Er wurde als Führer des verfassungstreuen Adels in Böhmen, dem wichtigsten Kronland, 1868 als Ministerpräsident an die Spitze des „Bürgerministeriums“ berufen, trat aber zurück, als der Kaiser über seinen Kopf hinweg mit der tschechischen Opposition verhandelte. Von 1871 bis 1878 führte Auerspergs Bruder Adolf das letzte liberale Ministerium an.

Die Karikatur des „Figaro“ anlässlich seines Rücktritts nahm das Thema der berühmten „Punch“-Karikatur bei der Entlassung Bismarcks vorweg: „Der Steuermann geht von Bord ...“, war hier aber vom Vorwurf der Fahnenflucht begleitet.



Abb. 16:
Karikatur „Das von den nationalen und feudalklerikalen Wassergeistern hart bedrängte Staatsschiff“

Die Gestalt, an der sich die Geister schieden, die Glanz und Elend, Licht- und Schattenseiten des österreichischen Liberalismus am besten verkörperte, war jedoch zweifelsohne **Eduard Herbst**.

Der Prager Universitätsprofessor, einmal spöttisch als „King Edward“ von Deutschböhmen bezeichnet, erwarb sich eine zentrale Stellung innerhalb der liberalen Partei – und dem Prager Deutschen Casino den Ruf, der mächtigste Verein der Monarchie zu sein; in internen Streitfragen der Liberalen gab er zumeist den Ausschlag oder wusste zumindest, wo die Mehrheit zu finden war; während seine Kollegen über seine Tyrannei, seinen Populismus und seine „zersetzende“ Kritik klagten.

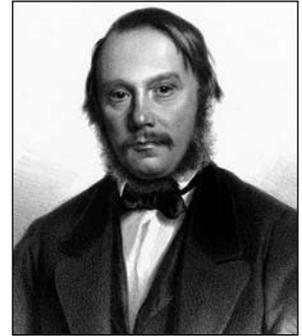


Abb. 17: Eduard Herbst

Herbst strebte selbst kein Regierungsamt an, war nur 1868/69 kurz Justizminister, konzentrierte sich dann aber auf die Führung der Liberalen im Parlament; die Karikatur ließ ihn sagen: „Schon acht Tage und kein Minister zum Stürzen“; sein Konflikt mit dem Kaiser und dem Außenminister Andrassy 1878 führte zum Sturz des letzten liberalen Kabinetts. Ihn traf deshalb der Vorwurf, die Liberalen auf eine „politische Martinswand“ geführt zu haben. Bismarck warnte später einmal in einem berühmten Bonmot die reichsdeutschen Liberalen vor dem „Beispiel der Herbstschen Partei in Österreich – der ‚Herbstzeitlosen‘ nenne ich sie, weil sie nie etwas zur rechten Zeit getan...“



Abb. 18: Karikatur „Verzweiflungsvolle Stunden eines alten Parlamentariers“

Zu den führenden Politikern der liberalen Ära zählten auch Karl Giskra und Ignaz Kuranda.

Der junge Universitätsassistent **Karl Giskra** aus Mähren galt schon 1848 in der deutschen Nationalversammlung als begeisterter Redner, durfte nach der Revolution lange Zeit nicht als Anwalt praktizieren, lernte 1866 als Brünner Bürgermeister Bismarck kennen und wurde dann bald Präsident des Abgeordnetenhauses und Innenminister. Er galt als Prototyp des „Neureichen“ der Ringstraßenära, der Politik mit Geschäften zu verbinden wusste und seinen gesellschaftlichen Aufstieg ins Establishment genoss. Berüchtigt wurde sein Zitat, was er mit den Eisenbahnkonzessionen denn hätte tun sollen als sie gegen Provision weiterzugeben – „vielleicht in den Klingelbeutel werfen“?



Abb.19: Karl Giskra

Der Prager Journalist **Ignaz Kuranda**, vor 1848 einige Jahre im Exil, gründete 1848 in Wien die „Ostdeutsche Post“ (bis 1866) und war ab 1872 Vorstand der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde. Er wäre gern Außenminister geworden und unterstützte als Abgeordneter Herbsts Kampf gegen die Okkupation Bosniens: „Wenn man schon ein ‚Reichsland‘ erwerben wolle, dann wenigstens ein reiches Land“.



Abb. 20: Ignaz Kuranda

Kuranda erscheint auf einer Karikatur neben Herbst, Giskra (im Zylinder) und dem Abgeordneten Dumba als einer der Retter der Austria, die ihr mit verschiedenen Begründungen die Hilfe verweigern – eine populärpatriotische Sichtweise des Verfassungskonflikts um die Kontrolle der Außenpolitik zwischen Krone und Abgeordnetenhaus: Die Ablehnung der Okkupation Bosniens durch die Mehrheit der Liberalen führte zum Sturz des letzten liberalen Kabinetts.



Abb. 21:
 Karikatur „Die Austria in Todesgefahr“

Unter Anspielung auf den Refrain von Ernst Moritz Arndts Lied „Was ist des Deutschen Vaterland?“ machte sich der Kikeriki über die Okkupationsgegner lustig: „Das Vaterland muss kleiner sein/ Das Bosnien darf nicht hinein ...“



Abb. 22: Karikatur
„Unser neuester Gesangsverein“

Schon die nächste Generation verkörperte **Ernst v. Plener**. Der Sohn des Finanzministers der 1860er-Jahre, später dann selbst Finanzminister, folgte seinem Vater als Abgeordneter der Handelskammer von Eger und übernahm 1888 die Führung der Liberalen („Vereinigte Deutsche Linke“) in ihrer Spätblüte. Sein Eintritt in eine große Koalition mit Klerikalen und Polenklub 1893–95 führte zu einer Zerreißprobe, die zum Zerfall der Partei und zu ihrer Wahlnerdelage 1897 führte.

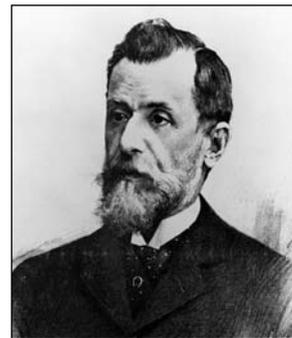


Abb. 23: Ernst v. Plener

Der Kulturkampf

Kein Thema hat die liberale Presse so sehr in ihren Bann gezogen – und so sehr über das Ziel hinausschießen lassen – wie der Kulturkampf, der Kampf gegen das Konkordat und die althergebrachten Vorrechte der katholischen Kirche. Der Kulturkampf brachte die überkonfessionelle Schule, blieb beim Eherecht stecken – und entfremdete den Liberalen den Großteil der katholischen Landbevölkerung. Die Aussicht auf ultramontane Mehrheiten ließ eine Erweiterung des Wahlrechts im demokratischen Sinne wenig verlockend erscheinen. Die Polemik gegen die „Ultramontanen“ und „Schwarzen“ gehörte zur Standarddiät fortschrittlicher Journalisten.

Über den Tiroler Landtag reimte eine Zeitung unter Anspielung auf die Sklavenbefreiung in den USA: „Selbst die Yankees/Sind nicht so frei wie wir/Ein Parlament von Schwarzen/ Das tagt jetzt doch nur hier ...“

Nur durch ein neues Erdbeben könne die Trennung von Kirche und Schule zustande kommen, gab sich eine Karikatur pessimistisch...

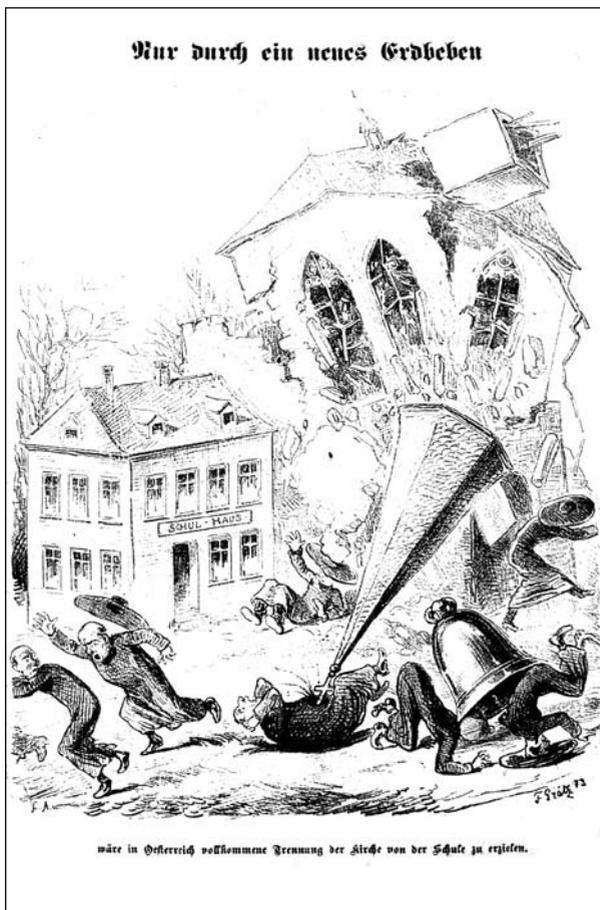


Abb. 24: Karikatur
„Nur durch ein neues Erdbeben“

... während man dem Unterrichtsminister Stremayr seine Kompromissbereitschaft mit dem Kardinal Rauscher ankreidete...

... aber auch in den eigenen Reihen „familiäre Widerstände“ ortete.

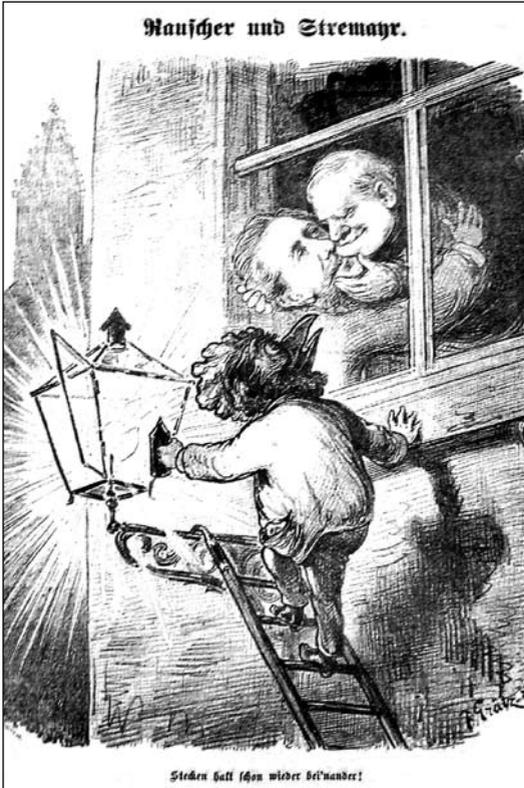


Abb. 25: Karikatur „Rauscher und Stremayr“

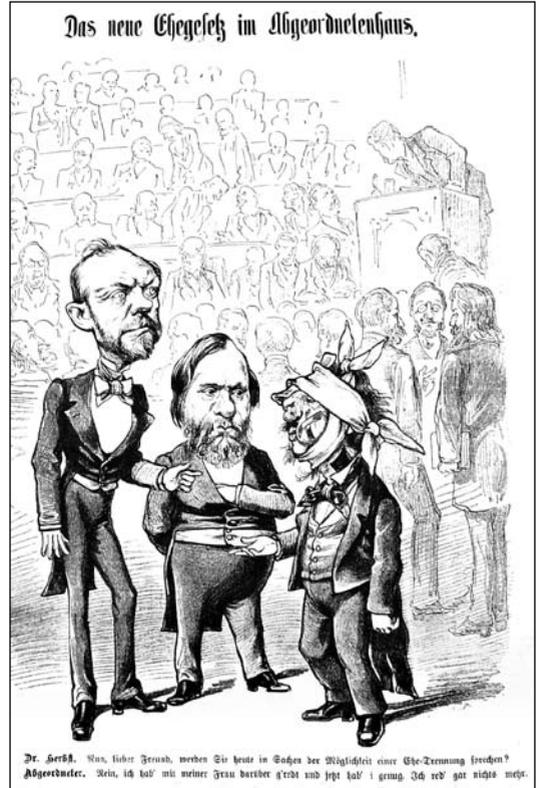


Abb. 26: Karikatur „Das neue Ehegesetz im Abgeordnetenhaus“

Für die antiklerikale Gesetzgebung war das Herrenhaus die große Hürde. Böse Zungen behaupteten, manche liberale Pairs hätten sich nach der Abstimmung nicht nach Hause getraut. Graf Anton Auersperg, ein entfernter Verwandter des Ministerpräsidenten und als Schriftsteller unter dem Pseudonym Anastasius Grün bekannt, gebrauchte in diesem Zusammenhang erstmals den Vergleich mit dem Konkordat als ein „gedrucktes Canossa“ – eine Anspielung auf den mittelalterlichen Investiturstreit zwischen Papst und Kaiser, der später ebenfalls von Bismarck aufgegriffen wurde.

Während später oft den Nationalliberalen mit dem Vorwurf der „Preussenseuchlerei“ unpatriotische Regungen unterstellt wurden, wurde das gleiche Argument damals vom verfassungstreuen Baron Tinti (dem Besitzer der Schallaburg) gegen die „Ultramontanen“ gewendet, als er ihnen vorwarf, sie seien keine Österreicher, denn „Ihr Kaiser ist der Papst!“

Das Schreckgespenst Manchester-Liberalismus

Das Schlagwort vom Manchester-Liberalismus bezog sich ursprünglich bloß auf den Außenhandel. Es hilft dennoch manche Klischees revidieren: Es waren nämlich gerade die gut organisierten Fabrikanten, die Schutzzölle forderten (auch da spielte der Abgeordnete Skene eine große Rolle), während der „kleine Mann“ und vor allem die Bauern den Import billiger Industriewaren nicht ungern sahen.

Der Börsenkrach von 1873 wurde vom Gros der Öffentlichkeit keineswegs als Zeichen dafür gewertet, dass freier Wettbewerb ruinös sei, sondern man hat richtig diagnostiziert, dass hier vielfach dubiose Firmenleitungen ihre Aktionäre betrogen hatten und die Verwaltungsräte es offenbar an der schuldigen Kontrolle hatten fehlen lassen. Die „Defraudationshymne“ richtete sich gegen eine Bank, die überlebte – das Argument ist dennoch zeitlos: Ähnlichkeiten mit der Gegenwart sind zufällig.

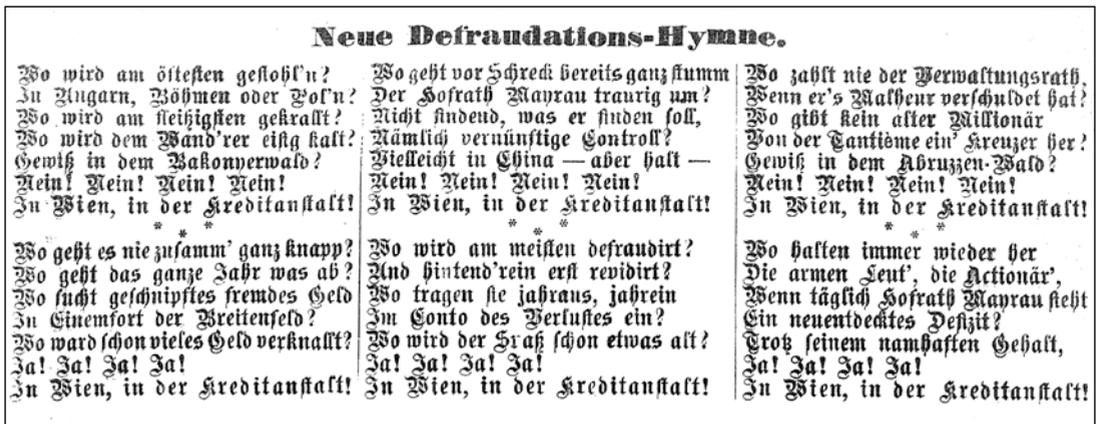


Abb. 27: Neue Defraudationshymne

Der Presse wurde vorgeworfen – u.a. vom jungen Schönerer, der damals seine Kritik noch nicht einseitig an die Adresse der Juden richtete – sich von Aktiengesellschaften korrumpieren zu lassen und das Publikum mit Jubelberichten in falsche Sicherheit gewiegt zu haben.

Der Staat hatte nicht zuwenig getan, sondern zuviel, indem er Gesellschaften mit guten politischen Verbindungen wettbewerbsverzerrende Vorteile gewährte – und der Steuerzahler vielfach die Zeche zahlte. Man wunderte sich deshalb auch, warum der Staat in Not geratene Spekulanten retten sollte.

Als wichtigste Fortsetzung des klassischen Liberalismus gilt in den Wirtschaftswissenschaften übrigens die „Austrian School“ mit Nobelpreisträgern wie Friedrich v. Hayek. Doch der Prophet gilt bekanntlich nichts im eigenen Vaterlande...

Auch aufwendige öffentliche Bauten waren Zielscheibe der Kritik, in diesem Fall ein prominentes Opfer, nämlich Bürgermeister Felder und das Wiener Rathaus.

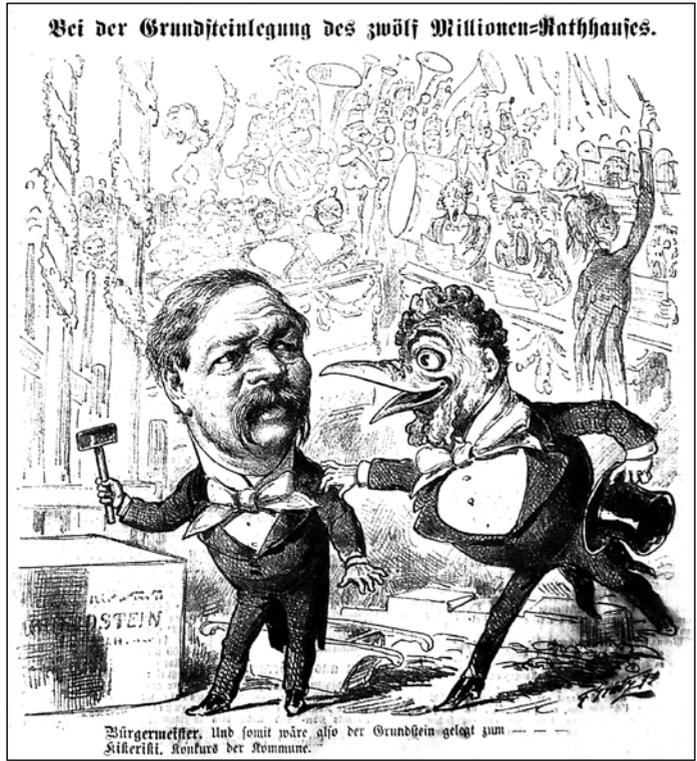


Abb. 28: Karikatur
„Bei der Grundsteinlegung des
zwölf Millionen-Rathauses“

Exkurs zum Schmunzeln

„Kulturkampf“ einmal anders: Wie sich die Dinge gleichen; mancher Stein des Anstoßes hat sich bis heute nicht verändert.

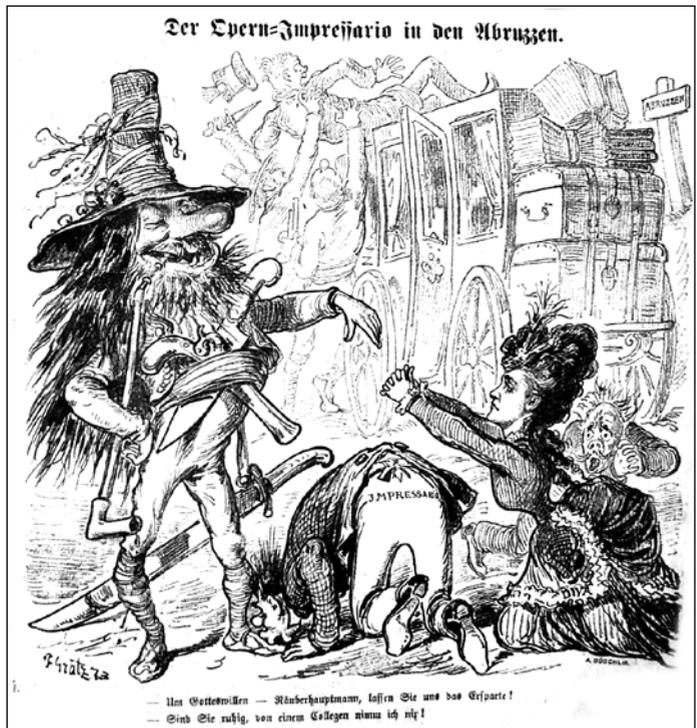


Abb. 29: Karikatur
„Der Opern-Impressario in den Abruzzen“

Politiker der Nachkriegszeit, die sich des Liberalismus angenommen haben

In der Zwischenkriegszeit von allen Parteien gemieden, wurde das Wort „liberal“ nach 1945 wiederum selektiv von allen Parteien in Anspruch genommen, auch wenn lange Zeit keine Partei sich eindeutig als „liberal“ deklarierte. In der Regel waren es Einzelpersonen, die als liberale Aushängeschilder fungierten und den Anspruch ihrer Parteien als Ansprechpartner für liberale Wähler untermauerten.

Der Handelskammerexperte **Reinhard Kamitz** (1907–93), der selbst der Entnazifizierung zum Opfer fiel, wurde nach der ÖVP-Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen 1951 von Raab zum Finanzminister gemacht und kehrte nach den Bewirtschaftungsmaßnahmen und Eigentumsverletzungen der Kriegs- und Nachkriegszeit zu einer wiederum mehr marktwirtschaftlichen Prinzipien verpflichteten Wirtschaftspolitik zurück. Er galt als Vater des Wirtschaftswunders (ab 1954), scheiterte allerdings an der Entstaatlichung wesentlicher Teile der österreichischen Industrie. Als der ÖVP nahe stehendes bürgerlich-liberales Forum gründete er im März 1953 den „Österreichischen Akademikerbund“, dem er bis 1969 vorstand.

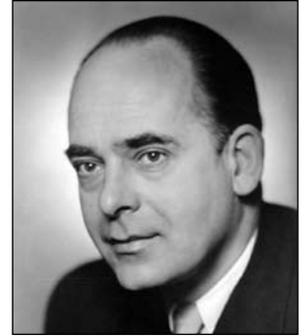


Abb. 30: Reinhard Kamitz

Der Journalist **Herbert A. Kraus** (geb. 1911) wurde nach dem Zweiten Weltkrieg durch die „Berichte und Informationen“ bekannt und gründete im Februar 1949 den „Verband der Unabhängigen“ als eine locker strukturierte Reformbewegung mit pro-westlicher und marktwirtschaftlicher Ausrichtung, die zwar auch die bis dahin als Bürger zweiter Klasse behandelten „Ehemaligen“ integrieren, aber keine klassische soziologisch-weltanschauliche Lagerpartei sein wollte. Obwohl er 1952 den Vorsitz abgab, blieb Kraus die dominierende – wenn auch stets umstrittene – Gestalt des VdU bis zur Auflösung 1956. Der FPÖ trat er nicht mehr bei, unterstützte aber 1966 das Projekt einer schwarz-blauen Koalition. Als parteiübergreifende Plattform, die jedoch insbesondere auf Freiheitliche Anziehungskraft ausüben sollte, gründete er den „Liberalen Klub“, dem er lange Zeit vorstand.



Abb. 31: Herbert A. Kraus

Der aus bürgerlichem Haus kommende Sozialist **Bruno Kreisky** (1911–90), der später gerne seine Distanz zur marxistischen Orthodoxie betonte und in seiner Familie viele sudetendeutsche Freiheitliche und Holocaust-Opfer zählte, kehrte nach dem Exil im sozialdemokratischen Musterland Schweden, das ihn sehr prägte, als Sekretär von Bundespräsident Körner in die Politik zurück. Als Außenminister seit 1959 bemühte er sich um einen auch die Opposition miteinbeziehenden überparteilichen Kurs und verfolgte eine aktive Südtirol-Politik. Als Galionsfigur des rechten und Bundesländerflügels der Partei trat er das Erbe des 1964 ausgeschlossenen Franz Olah an, übernahm 1967 die Partei und benützte die relative Mehrheit der SPÖ 1970 überraschend zu einem Arrangement mit der FPÖ. Als Phänomen der europäischen Nachkriegsgeschichte gewann er in den 1970er-Jahren dreimal hintereinander über 50 Prozent der Stimmen. Die damit überflüssig gewordene Koalition wurde durch ein Angebot an bürgerlich-liberale Wähler ersetzt, „ein Stück des Weges gemeinsam“ mit Kreisky zu gehen. Bei einer gewerkschaftlichen Vorgaben folgenden, „austrokeynesianischen“ und staatsinterventionistischen Wirtschafts-



Abb. 32: Bruno Kreisky

politik und einer anti-elitären „Durchflutung der Gesellschaft mit Demokratie“, die Eigentumsrechte tendenziell einschränkte, vermochte Kreisky ohne große materielle Vorleistungen doch durch seinen persönlichen Habitus, seine Gesprächsbereitschaft und seine Justizreformen den Eindruck eines bevorzugten Ansprechpartners für Liberale zu bewahren.

Willfried Gredler (1916–94), Diplomat aus altösterreichischer Familie, war nach 1945 ursprünglich für die ÖVP tätig, trat aber 1951 aus und gehörte zu den Gründern der „Aktion für politische Erneuerung“, die mit dem VdU kooperierte, aber nie in ihm aufging. Gredler knüpfte schon vor 1956 Kontakte zu westeuropäischen liberalen Politikern (z.B. Malagodi oder Giscard d'Estaing). Ab 1956 erster Klubobmann der FPÖ im Nationalrat, galt er als „Paradeliberaler“ der Partei, zog sich aber 1963 zurück (Stichwort Habsburg-Krise: die FPÖ stimmte zusammen mit der SPÖ gegen die Einreise Otto v. Habsburgs) und wurde Botschafter in Straßburg, dann Bonn und Peking. Das Angebot in der ÖVP-Alleinregierung 1968 Außenminister zu werden, lehnte er aus Loyalität zur FPÖ ab. 1980 erzielte er als Präsidentschaftskandidat 17 Prozent der Stimmen. Kreisky lehnte ihn 1983 als Minister ab.

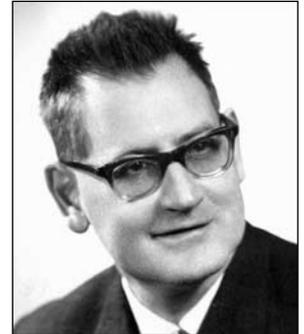


Abb. 33: Willfried Gredler

Über **Tassilo (v.) Broesigke** (1919–2003), der das Gegenteil des volkstümlichen Populisten darstellte, sagte Friedrich Peter einmal, „er entwickelt da und dort manchesterliberale Ansichten und hat das Zeug zum kompromisslosen Grundsatzpolitiker (ohne Rücksicht darauf, wie diese Grundsatzpolitik beim Wähler ankommt)“. In seiner Präsentation des Manifests zur Gesellschaftspolitik 1973 verankerte er klar den Vorrang der Freiheit im Zielkonflikt mit anderen Werten. Als langjähriger Rechnungshofpräsident vermochte er dem in Österreich unterentwickelten liberalen Element der Gewaltenteilung und damit der Kontrolle öffentlicher Organe auch tatsächlich Leben einzuhauchen.



Abb. 34: Tassilo (v.) Broesigke

Friedrich Peter (1921–2005), ehemaliger Waffen-SS-Offizier und Obmann des Oberösterreichischen Landeslehrervereines führte über zwanzig Jahre die FPÖ. Er erkannte bald die Notwendigkeit einer „Profilenerweiterung“ über das Milieu der Kriegsgeneration hinaus, stieß damit aber bei Freund und Feind vielfach auf Skepsis. Er selbst räumte 1965 ein, dass „man mir und Tongel ein liberales Profil nicht abnimmt. So möchte ich mein Bemühen der letzten Jahre auch nicht verstanden wissen. Mir ging es vielmehr darum, das dreigeteilte politische Leitbild der FPÖ vom nationalen Schwerpunkt auf die Idee der Freiheit und den sozialfortschrittlichen Akzent zu verlagern.“ Im selben Jahr schrieb seine oberösterreichische Parteizeitung: „Gerade aus sozialen Gründen muss jede Beschränkung des Leistungswettbewerbs, jede Ausschaltung der wirtschaftlichen Freiheit beseitigt werden.“ Außenpolitisch formulierte Peter: „Was einstmals der Traum vom Reich war, müsste doch heute durch das europäische Einigungsideal ersetzt werden können.“ (1966) Unter seiner Obmannschaft entwickelten sich die Kontakte zur bundesdeutschen FDP, wurde dem Atterseekreis die Möglichkeit zur Entfaltung gegeben: „Ihr seid Gäste der FPÖ, leistet für diese Grundlagenarbeit und mischt Euch in die innerparteiliche Entwicklung nicht ein...“

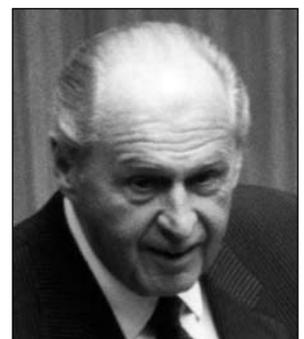


Abb. 35: Friedrich Peter

(1974) Die enge Bindung an Kreisky, die spätestens seit 1975 gegeben war, schränkte seine politische Handlungsfähigkeit ein – und bereitete die Kleine Koalition 1983–86 vor, die von ihren Architekten jedoch nur mehr aus dem Hintergrund beeinflusst werden konnte.

Alexander Götz (geb. 1928), Sohn des ersten steirischen FPÖ-Obmannes, seit 1973 in einer FPÖ-ÖVP-Koalition Bürgermeister von Graz galt seit Langem als Führungsreserve und Peter-Kritiker. Nach seinem Wahlsieg in Graz 1978 (24 %) zum Obmann gekürt, ging Götz auf Konfrontationskurs zu Kreisky, unter Betonung von Themen, die gut zur Renaissance „neoliberaler“ Ansätze passten, wie sie sich im Westen unter Thatcher und Reagan abzeichneten. 1979 erfolgte auch der Beitritt der FPÖ zur Liberalen Weltunion. Götz erzielte den ersten Wahlerfolg seit zwanzig Jahren, gelangte aber nicht zum angepeilten Ziel einer schwarz-blauen Koalition und trat auf Grund innerparteilicher Widerstände noch 1979 zurück.



Abb. 36: Alexander Götz

Der Wiener Anwalt **Norbert Steger** (geb. 1944) war Mitglied des „Atterseekreises“ und wurde nach eifriger Basisarbeit 1977 zum Obmann der Wiener FPÖ, 1980 der Bundes-FPÖ gewählt. 1983 nach Wahlniederlage trotzdem Vizekanzler der ersten kleinen Koalition, bemühte er sich programmatisch, die FPÖ auf einen eindeutigen Vorrang liberaler Themen festzulegen, ohne dieser Orientierung jedoch in der Regierungsarbeit glaubhafte Akzente verleihen zu können. 1986 am Innsbrucker Parteitag abgewählt, hielt er sich seither in der Öffentlichkeit mit politischen Bekenntnissen zurück.



Abb. 37: Norbert Steger

Die als Mitarbeiterin der Volksanwaltschaft fernsehbekannte Juristin **Heide Schmidt** (geb. 1948) wurde von Jörg Haider 1987 zur ersten FPÖ-Bundesrätin, kurz darauf zur Generalsekretärin, einige Wochen später zur Dritten Nationalratspräsidentin und 1992 zur Präsidentschaftskandidatin vorgeschlagen. Im Februar 1993 bildete sie mit vier Kollegen einen eigenen Klub des „Liberalen Forums“, das 1994/95 den Wiedereinzug ins Parlament schaffte, 1999 knapp nicht mehr (3,6 %). Schmidt dominierte das Liberale Forum medial wie Haider die FPÖ, der „Rosenkrieg“ zwischen den beiden früheren Partnern verschaffte Schmidt große Resonanz, inhaltlich gelang ihr – bei einer gewissen Reserve gegenüber liberalen Ansätzen in der Wirtschaftspolitik – eine Profilierung vielfach nur in Bereichen, die in der Öffentlichkeit als Randthemen galten.



Abb. 38: Heide Schmidt

Anhang: Wirtschaftspolitische Zielsetzungen der österreichischen Parteien ab 1945

ÖVP

„In wirtschaftspolitischer Hinsicht will die ÖVP:

[...]

Staatliche Einflussnahme auf die Wirtschaft nur, soweit dies vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft aus zweckmäßig ist. [...] Sozialisierung und Kommunalisierung lebenswichtiger Betriebe nur innerhalb wohlüberlegter, sozial und wirtschaftlich tragbarer Grenzen.“

(aus den „programmatischen Leitsätzen“ der Österreichischen Volkspartei, 1945)

„Wir sind der Auffassung, dass in letzter Instanz der Staat die Verantwortung für einen reibungslosen und krisenfreien Ablauf des Wirtschaftsgeschehens trägt. [...] Es ist aber eine Irreführung, zu behaupten, dass der Staat seiner wirtschaftspolitischen Verantwortung nur gerecht werden kann, wenn er entweder selbst Eigentümer von Produktionsstätten ist oder alle anderen Eigentümer von Produktionsstätten zu Befehlsempfängern degradiert.

[...]

Die Erfahrung hat gezeigt, dass die unternehmerische Selbstverwaltung der bürokratischen staatlichen Verwaltung überlegen ist. Daher ist der Staat von der Verwaltung wirtschaftlicher Unternehmungen möglichst zu entlasten. Staatseigene Betriebe sind, soweit dies noch nicht geschehen ist, in den Zustand unternehmerischer Selbstverwaltung überzuführen und der Konzern verstaatlichter Unternehmungen ist verwaltungs- und eigentumsmäßig aufzulockern.“

(aus „Was wir wollen“, dem „Grundsatzprogramm“ der Österreichischen Volkspartei, 1958)

„Die ÖVP versteht Wirtschaftspolitik nicht als Selbstzweck oder Machtinstrument, sondern als Voraussetzung zur Sicherung und Verbesserung menschlicher Lebensverhältnisse. Instrument dieses Strebens ist die soziale Marktwirtschaft.

[...]

Die soziale Marktwirtschaft wird dann ein Mittel zur Erreichung der Ziele einer partnerschaftlichen Gesellschaft sein, wenn die Prinzipien der freien Berufs- und Arbeitsplatzwahl, der freien Konsumwahl und des freien Wettbewerbs angewandt werden und die Freiheit der Unternehmensentscheidung sowie der Verbände und Gewerkschaften gesichert ist.“

(aus dem „Salzburger Programm“ der Österreichischen Volkspartei, 1972)

„Wir sind die Partei der Ökosozialen Marktwirtschaft.

[...]

Die Ökosozialen Marktwirtschaft beruht auf den Grundsätzen Freiheit, Leistung, Verantwortung und Solidarität. Sie verbindet den Leistungswillen des Einzelnen mit dem sozialen Ausgleich in der Gesellschaft und einem schonenden Umgang mit der Umwelt.

[...]

Der Staat selbst soll, von Ausnahmen abgesehen, nicht als Unternehmer auftreten und durch eine entsprechende Monopol- und Kartellgesetzgebung sowie durch diverse strukturfördernde Maßnahmen einen ausreichenden Wettbewerb dort sicherstellen, wo dieser gefährdet ist.“

(aus dem „Grundsatzprogramm“ der Österreichischen Volkspartei, 1995)

SPÖ

„Die restlose Ausnützung aller wirtschaftlichen Kräfte des Landes kann nur gelingen, wenn sie im Interesse der Gesamtheit geplant und gesellschaftlich gelenkt wird. Der verstaatlichte Teil der österreichischen Wirtschaft

wird zusammengefasst, rationalisiert und ausgebaut werden. Er soll durch Einführung gemeinwirtschaftlicher Unternehmungsformen und voller Betriebsdemokratie zur Sozialisierung weiterentwickelt werden.“
(aus dem „Aktionsprogramm“ der Sozialistischen Partei Österreichs, 1947)

„Die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit erfordert eine gemeinwirtschaftliche Ordnung, in der die privatkapitalistische oder staatskapitalistische Macht beseitigt und durch einen demokratischen Ausgleich persönlicher und gemeinwirtschaftlicher Interessen ersetzt wird. Die SPÖ erstrebt daher eine gerechtere Eigentumsordnung und ein besser funktionierendes Wirtschaftssystem, in denen der Gemeinschaft die volle Verfügungsgewalt über die entscheidenden Produktionsfaktoren zukommt.“
(aus dem „Neuen Parteiprogramm“ der Sozialistischen Partei Österreichs, 1958)

„Überbetriebliche Planung soll sicherstellen, dass die Produktion an Wohlfahrtskriterien ausgerichtet wird, nicht nur an Wachstum und Gewinn.

[...]

Welchen Beitrag ein gemeinwirtschaftlicher Sektor, vor allem die Verstaatlichung der Grundindustrie und Großbanken, zur Erhaltung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und zur Sicherung der Vollbeschäftigung leisten kann, hat sich gerade in Österreich gezeigt.

[...]

Die Alternative, vor die sich jede Wirtschaftspolitik gestellt sieht, heißt: Freiheit vernichtende und Regionen verödenende Wirtschaftskrisen oder eine demokratisch planende Gesellschaft.“
(aus dem „neuen Parteiprogramm“ der Sozialistischen Partei Österreichs, 1978)

„Funktionierende Märkte und fairer Wettbewerb leisten einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Wohlstandes durch ihren Zwang zu effizienter und preiswerter Erbringung von Leistungen und Gütern im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir treten daher für offene Märkte und gegen bestehende und neue Monopole mit ihren Nachteilen und Kosten ein.

[...]

Wo die Bedürfnisse der Menschen durch den Markt nicht sozial gerecht befriedigt werden können, treten wir für die Regulierung der Marktkräfte beziehungsweise für die Erbringung oder Bereitstellung von Leistungen durch die öffentliche Hand ein.“

(aus dem „Grundsatzprogramm“ der SPÖ, 1998)

FPÖ

„In einer planvollen Lenkung für die gesamte Wirtschaft einschließlich der Landwirtschaft sehen wir die beste Garantie zur Vermeidung von Wirtschafts- und Sozialkrisen. Eine bürokratische Bewirtschaftung lehnen wir ebenso ab wie eine schrankenlose Profitwirtschaft.

[...]

Wir sind gegen die Verstaatlichung von Betrieben und Einrichtungen, welche ohne Gefährdung von Gesamtinteressen auf privatwirtschaftlicher Grundlage geführt werden können.“

(aus dem „Programm des Verbandes der Unabhängigen“, 1949)

„Wir bekennen uns zur sozialen Marktwirtschaft, die ohne Behinderung durch Kartelle, ungerechtfertigte Monopole und Diktatur der Kammern der Gemeinschaft in echtem Leistungswettbewerb dient.“

(aus dem „Kurzprogramm“ der Freiheitlichen Partei Österreichs, 1955)

„Wir Freiheitlichen stehen auf dem Boden der sozialen Marktwirtschaft. Ein genügend großer Spielraum des eigenverantwortlichen Unternehmers ist eine wichtige Voraussetzung für eine leistungsfähige Wirtschaft, die von der gemeinsamen Arbeit aller getragen wird. Die Wirtschaftspolitik hat dem Gesamtwohl zu dienen.

[...]

Der moderne Staat greift tief in den Wirtschaftsprozeß ein. Wir bejahen diese Eingriffe, soweit sie darauf abzielen, eine funktionierende soziale Marktwirtschaft zu sichern. Hingegen lehnen wir jede staatliche Wirtschaftspolitik und Wirtschaftstätigkeit ab, die eine Verstaatlichung der Wirtschaft oder ihre Umwandlung in eine staatlich gelenkte Planwirtschaft bezwecken."

(aus dem „Freiheitlichen Manifest zur Gesellschaftspolitik“, 1973)

„Faire Marktwirtschaft sichert durch freien Wettbewerb in sozialer Verantwortung eine dynamische Wirtschaftsentwicklung. Sie geht von der Gleichwertigkeit von Arbeit und Kapital aus. Faire Marktwirtschaft fördert die Leistungsbereitschaft und weckt die schöpferischen Kräfte.

[...]

Faire Marktwirtschaft ist die Antwort auf einen schrankenlosen Kapitalismus, der Mensch und Natur ausbeutet, wie auf den gescheiterten Sozialismus, der seine Werk tätigen zu Verwaltungsobjekten herabwürdigte."

(aus dem „Parteiprogramm“ der Freiheitlichen Partei Österreichs, 1997, mit Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen vom 27. Ordentlichen Bundesparteitag der FPÖ am 23. April 2005 in Salzburg)

BZÖ

„Grundlage für den Wirtschaftsstandort Österreich ist die eigenverantwortliche, wettbewerbsfähige und auf Privateigentum beruhende soziale Marktwirtschaft. Träger dieses Wirtschaftsmodells sind die Klein- und Mittelbetriebe und die großen Leitbetriebe der Industrie. Sie alle sind die Grundlage und der Garant für Wachstum, Beschäftigung, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation.

Chancengleichheit für Klein- und Mittelbetriebe im Wettbewerb setzt voraus, dass monopolistische oder oligopolartige Strukturen unterbunden werden. Dabei war die Entscheidung zum weitgehenden Rückzug des Staates aus der Wirtschaft ein wichtiger Schritt, der mit allem notwendigen Augenmaß fortgesetzt werden muss. Die Bildung von Kartellen hingegen ist durch staatliche Intervention zu verhindern. Die Stärkung von Mittelstand und freien Berufen ist anzustreben."

(aus den „Bündnispositionen“ des BZÖ, 2005)

Die Grünen

„Das Wirtschaftssystem ist menschenfeindlich. Kurzfristig müssen wir seine schlimmen Folgen mildern. Langfristig müssen wir es umbauen. Zerschlagung der Verstaatlichten, rücksichtslose Einführung neuer Technologien und eine Steuerpolitik, die unter dem Titel ‚leistungsfreundlich‘ die Reichen reicher, die Armen ärmer macht – das fordert die ÖVP, und das verwirklicht die SPÖ.

[...]

Unsere Alternative zu den Privatisierungs- und Zusperrkonzepten der Parteien ist der ökologische Umbau. Wir wollen der Verstaatlichten ein verbindliches Rahmenkonzept geben, in dem sich die Betriebe und ihre Belegschaften frei entfalten können."

(aus dem „Offenen Kurzprogramm“ der Grünen Alternative, 1986)

„Die Grünen erkennen an, dass der Markt das effizienteste bisher bekannte Steuerungsinstrument für wirtschaftliche Aktivitäten ist; nicht weniger, aber auch nicht mehr.

[...]

Es ist eine zentrale politische Aufgabe, der Marktwirtschaft dort ihre Grenzen zu setzen, wo sie aus ihrer inneren Logik Nachteile für die Allgemeinheit produziert. [...] Die Wahrung von ökologischen und sozialen als dem Wirtschaften übergeordnete Zielsetzungen lässt sich nicht nur mit dem Druck der KonsumentInnen erreichen, sondern erfordert in diesen Bereichen staatliche Zielvorgaben, Steuerungen und Regulierungen. Soziales und

ökologisches Wirtschaften braucht also einen starken Staat, der Rahmenbedingungen nicht nur erfassen, sondern auch durchsetzen kann.

[...]

Darüber hinaus macht die Versorgungssicherheit Eigentum des Staates in einzelnen, klar definierten Bereichen erforderlich."

(aus dem „Grundsatzprogramm“ der Grünen, 2001)

Liberales Politik in Österreich

Eine Ausstellung des Internationalen Instituts für Liberale Politik (IILP) vom 19.–29. September 2006 in der Säulenhalle des Parlamentsgebäudes in Wien

Gesamtleitung der Ausstellung

Sektionschef Hon.-Prof. DDr. Erich Reiter, Präsident des IILP

Wissenschaftlicher Hauptberater

ao Univ.-Prof. Dr. Lothar Höbelt, Universität Wien

Wissenschaftliche und organisatorische Assistenz

Mag. Martin Prieschl

Wissenschaftliche Beratung

Bundesminister a.D. Dr. Friedhelm Frischenschlager

Ass.-Prof. Dr. Manfred Sauer

Univ.-Ass. Dr. Walter M. Iber

o.Univ.-Prof. Dr. Manfred Welan

Leihgeber und Unterstützer

Parlamentsdirektion

Freiheitlicher Parlamentsklub – BZÖ

Parlamentsdirektion

Stadt Wien (MA 7 – Kultur, Referat Wissenschafts- und Forschungsförderung)

Generaldirektion des Österr. Staatsarchives (OeStA)

Parlamentsarchiv

Haus-, Hof- und Staatsarchiv (OeStA)

Österreichische Nationalbibliothek (OeNB)

Wiener Stadt- und Landesbibliothek (MA 9)

Mährisches Landesarchiv Brünn (MZA)

Heeresgeschichtliches Museum Wien (HGM)

*Der Mensch ist frei geschaffen, ist frei,
Und würd' er in Ketten geboren,
Lasst Euch nicht irren des Pöbels Geschrei,
Nicht den Missbrauch rasender Toren.
Vor dem Sklaven, wenn er die Ketten bricht,
Vor dem freien Menschen erzittert nicht.*

(Friedrich Schiller, Die Worte des Glaubens.)

Erich Reiter

Über den politischen Gebrauch des Wortes „Liberalismus“¹

Zum Begriff „Liberalismus“

„Definitiv ist unter Liberalismus jener politische Ideenkomplex zu verstehen, der durch die Postulate der Selbstbestimmungsfähigkeit der Individuen durch Vernunft, der Individualfreiheit gegenüber dem Staat (Menschen- und Bürgerrechte), der Bändigung politischer Herrschaft durch Verfassung und der Selbstregulierung der Ökonomie durch Gesetzmäßigkeiten von Markt und Wettbewerb abgesteckt ist, in eine Evolutionsvorstellung geschichtlichen Fortschritts mündet und zumindest in der Entstehungs- und Blütezeit vom Bürgertum mit seinen Eigentums- und Erwerbsinteressen und seinen daraus erwachsenen Machtansprüchen getragen wurde.“²

Wie so viele Schlagwörter, die im politischen Alltag gebraucht werden, hat die Bezeichnung „Liberalismus“ oder „liberal“ im Laufe der Geschichte viele Wandlungen durchlebt und ist in fast jedem Kontext gebraucht oder missbraucht worden, um politische Forderungen zu untermauern oder abzuschmettern, eine Gruppe als gesinnungsgleicher oder gesinnungsfremder zu bezeichnen, positiv herauszustreichen oder zu diffamieren. Bei allen Betrachtungen über die Wortverwendung ist daher auch jeweils der Zweck der Wortwahl zu berücksichtigen. Etymologisch gesehen leitet sie sich vom lateinischen „liberalis“ her, das „die Freiheit betreffend“ oder aber auch „freigiebig“ beziehungsweise „einem frei geborenen Menschen geziemend“ bedeutet.

In die deutsche Sprache hielt das Wort „liberal“ im 18. Jahrhundert in der Bedeutung „freigiebig“, „guttätig“ und „wohlmeinend“ Einzug. Im Zuge der Aufklärung wurde „liberal“ zu einem Schlüsselbegriff für eine vorurteilsfreie, weltoffene und auf Bildung fußende Weltanschauung sowie für ein offenes Verhältnis zu religiösen, weltanschaulichen und moralischen Normen- und Wertesystemen, zu denen man den mündigen, vernunftbegabten Bürger erziehen sollte.

Mit der französischen Revolution und den großen europäischen Machtordnungskriegen von 1789 bis 1815 hielt der Terminus „liberal“ auch im politischen Sprachgebrauch Einzug, wobei er „zum Kennwort, zur Eigen- und

1 Erstabdruck in: Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des Internationalen Institutes für liberale Politik Wien, Heft 18 (2006), S. 5–8. In diesem Beitrag geht es um den politischen Gebrauch des Wortes „Liberal“ oder „Liberalismus“, nicht so sehr um die genaue Herausarbeitung des liberalen Gedankenguts an sich. Der Beitrag orientiert sich vor allem an: Rudolf Vierhaus: Liberalismus. In: Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Band 3, Stuttgart 2004, S. 741–785.

2 Theo Schiller: Liberalismus. In: Dieter Nohlen, Rainer-Olaf Schultze: Lexikon der Politik. Band 1: Politische Theorien. München 1995, S. 298–305, hier S. 298.

Fremdbezeichnung für diejenigen [wurde], die sich gegen die Wiederherstellung oder Erhaltung der politischen und sozialen Verhältnisse des Ancien Régime wandten und die Weiterentwicklung der politischen und sozialen Institutionen durch zeitgemäße Reformen wünschten“:³

Gleichzeitig verlor der Terminus „liberal“ seine moralische Unschuld und Neutralität, mussten sich doch die Liberalen im Zuge der politischen Debatten um die Revolution und ihren Verlauf den Vorwurf gefallen lassen, mit ihren weiträumigen Ideen zur Umgestaltung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung der Revolution, Unordnung und Anarchie Tür und Tor zu öffnen. So versuchten liberale Denker, den radikalen Flügel durch Bezeichnungen wie „Ultras“, „Ultraliberalismus“ oder „Jakobinismus“ auszugrenzen, oder sie bezeichneten sich als „freiheitlich“, um sich von diesen abzugrenzen. Jedenfalls setzte sich in den zwanziger Jahren des 18. Jahrhunderts „Liberalismus“ als Sammelbegriff für die bürgerlich-freiheitlichen Denkrichtungen der Politik durch – allerdings eher als Fremd- und Schmäähbezeichnung der Konservativen: Liberale Politiker verstanden sich selbst als weltoffen und vorurteilsfrei und somit keiner politischen Strömung zuordenbar.

Differenzierungen im Liberalismus

Die liberalen Strömungen im 19. Jahrhundert unterschieden sich bisweilen nach deren Ausrichtungen und Bezeichnungen. Die Bezeichnung dessen, was man – zumindest im politischen Alltag – als „liberal“ empfand, orientierte sich fast ausschließlich an der Einstellung der Personen zu gewissen Themenbereichen oder politischen Fragen und weist kaum eine konzeptionell-inhaltliche Kohärenz auf. Eine Grundfrage war die gewünschte Ausgestaltung des Herrschaftssystems: Die „Rechtsliberalen“ oder „Konstitutionellen“ begnügten sich hierzu mit der Verankerung garantierter Bürger- und Eigentumsrechte in den althergebrachten Systemen, während „Linksliberale“ oder „Demokraten“ den Übergang zu repräsentativen Herrschaftssystemen für unausweichlich hielten. Nach der Revolution von 1848 kam noch die „Nationale Frage“ als wichtiges internes Kriterium hinzu: „Altliberale“ oder „Freisinnige“ sahen sich von dieser weniger berührt, während sich die „Nationalliberalen“ – insbesondere die nationalliberalen Studentenverbindungen – an die Spitze des deutschen Einigungsgedankens stellten. Allen liberalen Strömungen gemeinsam war die Einstellung, Teil einer unumkehrbaren Fortschrittsentwicklung zu sein, die letztendlich in einer Gesellschaft der freien und (von Rechts wegen) gleichen Bürger münden werde, das freie, aufgeklärte Bürgertum als Träger eben dieser Gesellschaft zu sehen und das Privateigentum und die private Sphäre vor den Zugriffen des Staates wie auch fremder Individuen zu schützen. An diesen Grundüberzeugungen hingte sich die Kritik von rechts und seit 1830 auch die von links auf: Die Konservativen warfen den Liberalen vor, aus heillosem Idealismus funktionierende Ordnungen über Bord zu werfen und den Weg zur linken Revolution aufzubereiten, während die Sozialisten im Liberalismus lediglich hinter Freisinnigkeit getarnte Klasseninteressen des Bürgertums sahen.

Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges und dem Zusammenbruch der Monarchien in Deutschland und Österreich erlebte der Liberalismus eine neuerliche, durch die realpolitische Lage hervorgerufene Umorientierung. Durch die Erstarkung des linken Lagers und die marxistischen Revolutionen beziehungsweise Revolutionsversuche in Russland und Deutschland grenzte man sich nun stärker gegenüber dem linken Spektrum ab, verwehrte sich aber auch den monarchistischen Restaurationswünschen der Konservativen. (Aus dieser Zeit stammt auch das Wortungetüm „liberal-konservativ“ für jene Konservativen, die sich mit der Republik zufrieden gaben.) Da man jedoch die politischen Ziele des 19. Jahrhunderts – die Errichtung konstitutionell-repräsentativer Demokratien – verwirklicht sah, stand das liberale Lager vor dem Problem, sich abseits der Ablehnung autoritärer Umstürze thematisch zu verorten. Angesichts der politischen Radikalisierung und der sozialen Missstände zu Beginn der dreißiger Jahre ist es daher kaum verwunderlich, dass viele den liberalen Konzepten den Rücken kehrten: Schließlich schienen weder Demokratie noch Marktwirtschaft zum Erfolg zu führen.

³ Rudolf Vierhaus: a.a.O., S. 743.

Dies änderte sich schlagartig nach dem Zweiten Weltkrieg: Mit dem Schlagwort „liberal“ grenzte man sich sowohl von der unmittelbaren Vergangenheit des Nationalsozialismus oder autoritärer konservativer Regime (etwa dem Austrofaschismus) als auch vom Kommunismus und von den Herrschaftsansprüchen der Sowjetunion ab. Das Wort „liberal“ erlebte daher auch einen regelrechten Boom, und sein Gebrauch wurde in fast alle Bereiche des Lebens übertragen: Von der Erziehung über die Gesellschaftsordnung bis hin zur Einstellung zur Sexualität. Es lässt sich daher kaum rekonstruieren, in welchen Bedeutungen und zu welcher Interessensbegründung „liberal“ seit 1945 gebraucht oder missbraucht worden ist. Jedenfalls suchten sich liberale Parteien oder politisch engagierte Persönlichkeiten durch Bezeichnungen wie „freidemokratisch“, „freisinnig“ oder „freiheitlich“ von dem scheinbar beliebig gewordenen Begriff „liberal“ abzuheben.

Nach Ende der Paktkonfrontation wurde „liberal“ zudem als Sammelbezeichnung für jenes westliche euro-atlantische Gesellschafts-, Wirtschafts- und Herrschaftsordnungsmodell gebraucht, das sich gegenüber dem Marxismus sowjetischer Herkunft durchsetzte. Liberalismus in diesem Sinne erlebt auch in der Diskussion um Säkularität oder religiöse Restauration eine Renaissance. „Liberal“ wird von der neuen Linken in einem engeren ökonomischen Sinn gebraucht, es muss als Sammelbezeichnung auch für alle vermeintlich negativen Entwicklungen herhalten, die sich im Zuge des Globalisierungsprozesses bemerkbar machen.

Karl Marx verdanken wir den ökonomischen Gebrauch des Terminus „Liberalismus“ und die in diesem Zusammenhang stehenden Wortschöpfungen wie „Wirtschaftliberalismus“ oder „Manchesterliberalismus“, die erst nach dem Zweiten Weltkrieg als Eigenbezeichnung gewisser wirtschaftstheoretischer Schulen gebraucht wurden.

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg konnte sich der Begriff „liberale Marktwirtschaft“ aus dem der „freien Marktwirtschaft“ ableiten,⁴ die in Auseinandersetzung mit der „gelenkten Volkswirtschaft“ der Nationalsozialisten und der „Planwirtschaft“ der Sowjetunion entstand. In der unmittelbaren Nachkriegszeit entstand auch der „Neoliberalismus“, der die Wiederherstellung einer freien Marktwirtschaft unter den Bedingungen der Nachkriegssituation (Wiederaufbau, Stärkung demokratischer politischer Systeme und Konfrontation mit der Sowjetunion) forderte und dementsprechend gegenüber der „Laissez-faire“-Konzeption der alten Freihandelschule einige Modifikationen vornahm: So sollte die Funktionsfähigkeit des Marktes durch staatliche Normen und Ordnungen bewahrt werden, etwa zur Verhinderung der Monopolbildung. Wichtige Vertreter dieser auch als „Ordo-Liberalismus“ bezeichneten Schule waren Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow und Friedrich A. Hayek. Als Fremdbezeichnung vor allem von Seiten der globalisierungskritischen Linken wird „Neoliberalismus“ jedoch zum Schmähbegriff für die seit den achtziger Jahren wieder aufkommenden Ideen der alten Freihandelschulen, die die zwischenstaatlichen Routinetransaktionen nach dem „Laissez-faire“- oder „Laissez-passer“-Konzept sich selbst überlassen wollten.

„Liberale“ Missverständnisse

Der Liberalismus ist eine Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsauffassung, die die Freiheit des Individuums als grundlegende und naturgegebene Norm des menschlichen Zusammenlebens ansieht, er hat Ordnungsbegriffe und ein Gesellschaftssystem empfohlen, die auf einem Menschenbild beruhen, das dem einzelnen Menschen die Fähigkeit und den Willen zu fortschreitender Mündigkeit zuschreibt. Die zentralen Begriffe sind bürgerliche Grundrechte, berechenbares Recht und Rechtssicherheit, Verfassungsstaat, Gewaltenteilung, Verhinderung staatlicher Machtkonzentration, parlamentarische Demokratie, Marktwirtschaft und freier Wettbewerb, Freihandel sowie eine von Toleranz geprägte offene Gesellschaft.

Im engeren Sinne bedeutet „liberal“ heute eine weltanschauliche Haltung, die dogmatisches Denken ablehnt und als wichtigste Grundsätze sozialen Handelns die größtmögliche Freiheit und die Beachtung des Rechtsstaates sieht.

4 Hierzu im deutschsprachigen Raum: Friedrich A. Hayek: Individualismus und wirtschaftliche Ordnung. Erlenbach 1952.

Im weiteren Sinne versteht man unter „liberal“ großzügig oder freigiebig. Das ist aber keine politische Zuordnung mehr. Auch ist „Liberalisierung“ nicht mit „Liberalismus“ gleichzusetzen. Unter „Liberalisierung“ versteht man die Befreiung von einschränkenden Vorschriften. Die Reduzierung von dirigistischen Eingriffen in den Handel als Liberalisierung des Handels ist sicher im Sinne des Liberalismus. Eine Liberalisierung z.B. des Vollzuges der Straßenverkehrsordnung (keine Kontrollen und dadurch Nichteinhaltung) hat aber nichts mit Liberalismus zu tun, der ja nur notwendige Gesetze will, die aber auch eingehalten werden sollen. Eine Liberalisierung des Strafrechtes kann, muss aber nicht im Sinne des Liberalismus sein – es kommt eben darauf an. Auch liberale Tendenzen etwa in einer kommunistischen Partei bedeuten noch keine Entwicklung zum Liberalismus; der Dogmatismus wird hier nur gemildert und der Kommunismus etwas humaner. Der liberalen Theologie z.B., die durch Dogmen- und Bibelkritik zur Weiterentwicklung der Theologie beitrug, ist letztlich ein Ende bereitet worden; Dogmen und Aufklärung vertragen sich nun einmal nicht. Liberalisierung ist eben nicht zwangsläufig Liberalismusanwendung und Liberalisierer sind nicht unbedingt Liberale. In der Politik unseres Landes und in der Berichterstattung wird das aber oft gleichgesetzt. So werden immer wieder Personen als „Liberale“ bezeichnet, die es nicht sind, sondern nur vom Mainstream abweichende Meinungen haben.

Ebenso häufig wird tolerante Haltung mit Liberalismus gleichgesetzt. Zwar strebt der Liberalismus nach einer von Toleranz geprägten und offenen Gesellschaft, aber Toleranz und Liberalismus sind nicht gleichbedeutend, sondern jeweils eigene Größen. Toleranz in der Gesellschaft ist ein Gestaltungsprinzip des Liberalismus. Aber nicht alles, was toleriert wird, muss liberalen Vorstellungen entsprechen. So ist z.B. Toleranz gegenüber gleichgeschlechtlichen Beziehungen heutzutage eine Selbstverständlichkeit geworden, mit Liberalismus hat das aber nichts zu tun. Toleranz ganz allgemein ist eine Haltung, andere Anschauungen (Einstellungen, Sitten oder Gewohnheiten) zu akzeptieren. Sozialethisch versteht man darunter mehr als nur eine Duldung abweichender Vorstellungen. Das Geltenlassen anderer bedeutet auch ein Ertragen jener Belastung, die eine fremde Weltanschauung oder Lebensform bedeutet, was insbesondere bei Anschauungen mit universalem Wahrheitsanspruch (z.B. einer Religion) bedeutsam ist. Die Achtung einer abweichenden Überzeugung ist nicht in allen Religionen bzw. nicht für alle Religiöse selbstverständlich. Gegenüber bestimmten Weltanschauungen und Werten kann es aber aus liberaler Sicht keine Toleranz geben, insbesondere nicht gegenüber Vorstellungen, die die Grund- und Freiheitsrechte missachten, die den freiheitlichen Rechtsstaat in Frage stellen oder andere liberale Grundprinzipien abschaffen möchten. Der Liberalismus ist also nicht kritiklos tolerant, er toleriert nicht alles und jedes.

Eine der Aufgaben des Internationalen Institutes für liberale Politik Wien (ILP) ist es daher, mehr Licht ins Dunkel des Liberalismusverständnisses zu bringen.

Lothar Höbelt

Das Schicksal des politischen Liberalismus in Österreich¹

Das Vokabel „liberal“ ist auf der Beliebtheitsskala starken Schwankungen ausgesetzt. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wollte lange Zeit keine Partei mit dem suspekten Adjektiv identifiziert werden, in der zweiten Hälfte war es lange Zeit „in“, alle wollten zumindest auch „liberal“ sein. Inzwischen ist der „Diskurs“ komplexer, vielleicht auch schizophrener geworden: Die Bezeichnung „liberal“ wird in der Regel – mit Zögern – weiterhin in Anspruch genommen, doch nur noch selektiv, indem alles, was nicht passt, mit abwehrenden Vorsilben belegt wird. Eine hübsche Ironie stellt in diesem Zusammenhang übrigens dar, dass, was heute als „neoliberal“ bezeichnet wird, gestern noch als „paläoliberal“ galt – vielleicht sind die Letzten von gestern eben doch die Ersten von morgen? Setzt man hinzu, dass der Sprachgebrauch diesseits und jenseits des Atlantiks sich fundamental unterscheidet (in den USA steht liberal einfach als Kürzel für links, in Europa sind Liberale bei allen Bocksprüngen der Semantik doch irgendwo Mitte-rechts einzuordnen), ist die Konfusion fertig – die es jedem erlaubt, seine ganz persönliche Definition von „liberal“ zu (er)finden, während andere wieder – bei Freund und Feind – gerade diese Beliebigkeit zum eigentlichen Markenzeichen des Liberalismus erheben wollen.

Das Janusgesicht der Aufklärung

Der Historiker kann sich die Sache da schon einfacher machen, solange er ein konkretes Objekt zu beschreiben hat: Es gab eine Bewegung, die sich Liberalismus nannte und auch von anderen so bezeichnet wurde – diesem Liberalismus war es, insofern trägt der Wortsinn nicht, zweifelsohne um Freiheit zu tun, um den Schutz des Individuums vor allen möglichen Zwängen und Gewalt(en) – und um den Schutz des Eigentums, das mit Freiheit unauflöslich verbunden ist. (Thomas Jefferson hat dieser Verbindung in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung mit der Trias: „Life, Liberty and the Pursuit of Happiness“ eine beinahe schon poetische Form verliehen.) Freiheit des Individuums – da stellt sich gleich die Frage, wer oder was denn die Gegner dieser Freiheit seien. Das Gegenteil von Freiheit sind Zwang und Gewalt – das Monopol legitimer Gewaltausübung, so Max Webers berühmte Formel, liegt beim Staat. Der Staat bietet sich daher geradezu als erster Verdächtiger an – und zwar auch der demokratisch legitimierte, umso mehr der autoritäre.

Freilich: Liberale waren auch wiederum Anhänger des Staates, solange er um dieses Gewaltmonopol kämpfte, gegen alle „intermediären“ Gewalten wie adelige Herrschaftsbesitzer oder die Kirche, die ihre eigene Rechtsprechung beanspruchte. Daraus ergab sich ein Dilemma: Die Aufklärung hatte ein Janusgesicht: Sie brachte die Loslösung von konfessionell geprägten Weltbildern mit sich und schuf damit bis zu einem gewissen Grad die Voraussetzungen für die Entwicklung des Liberalismus. Ihre Ideen waren deshalb aber nicht notwendigerweise in allen Aspekten liberal, sondern umfassten durchaus auch Gesellschaftsentwürfe mit nahezu totalitären Perspektiven. Der aufgeklärte Absolutismus war eben zuallererst auch viel absolutistischer als seine „höfischen“ Vorgänger. Gewaltenteilung und konstitutionelle „checks and balances“ waren da schon eher von seinen ständischen Gegenspielern zu erwarten, die Montesquieu lasen und sich der Omnipotenz des Staates zu erwehren versuchten.

Doch das aufsteigende Bürgertum, das Bildungsbürgertum zumal, setzte in Opposition zu den feudalen Gewalten zunächst einmal auf den Staatsapparat, der zudem Aufstiegschancen versprach. Diese „josephinische“ Bürokratie erwarb sich durchaus ihre Verdienste um die Herstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse (das ABGB

¹ Erstabdruck in: Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des Internationalen Institutes für liberale Politik Wien, Heft 17 (2006), S. 9–14.

von 1811 ist ein Produkt ihrer Bemühungen), aber sie hielt doch auch – schon aus Eigeninteresse – am Vorrang staatlicher Institutionen vor der „Zivilgesellschaft“ fest. Daraus ergaben sich einige sehr modern anmutende Probleme: Die Verrechtlichung aller Lebensbereiche mochte theoretisch der Sicherheit des Bürgers und seines Eigentums dienen, war aber in der Praxis naturgemäß auch mit Bürokratie, Gebühren und Schikanen verbunden. Diese Beamten waren Liberale, aber sie waren doch wiederum „Control Freaks“, die zum Beispiel im Presse- und Vereinsrecht auf staatliche Kontrolle nicht so gern verzichten wollten und Meinungsfreiheit nur für „Verfassungstreue“ gelten lassen wollten.

Katholische Rechtsliberale und protestantische Linksliberale

Die Privilegien der „feudalen“ Obrigkeiten wurden zwischen 1781 und 1848 relativ leicht hinweggefegt. Krönender Abschluss dieser Entwicklung war dann 1848 die so genannte „Bauernbefreiung“ nach dem Antrag des jungen Hans Kudlich, von seinem liberal-konservativen Kollegen Lasser wohlweislich mit einer Entschädigungsklausel versehen. Widerspenstiger erwies sich da schon die Kirche – das war es, was österreichische Liberale unterschied vom gerne als Vorbild betrachteten englischen Muster, aber es verband mit den Liberalen in allen anderen (mehrheitlich) katholischen Ländern. Denn gegen die Kirche nahm man die Hilfe des Staates im so genannten „Kulturkampf“ gerne in Anspruch, mehr vielleicht, als es den eigenen Vorgaben entsprochen hätte: Es war liberal, die Schule auf eine überkonfessionelle Basis zu stellen, allenfalls auch die Ehe vom Sakrament zum bürgerlichen Vertrag zu degradieren. Doch war es liberal, einen Bischof zu arretieren wegen politisch inkorrekt-er Meinungsäußerung – oder begehrlige Augen auf das Kirchenvermögen zu werfen, weil es der „toten Hand“ gehörte und angeblich nicht volkswirtschaftlich sinnvoll genutzt wurde? War im philosophischen Sinne das materialistische Dogma wirklich „vernünftiger“ als der religiöse Glaube? Oder lenkte der Kulturkampf von den eigentlichen Problemen bloß ab? Eine Karikatur ließ den Innenminister Bach, der das umstrittene Konkordat abgeschlossen hatte, zu den Liberalen sagen, sie müssten ihm eigentlich dankbar sein, denn: „Ich gebe Ihnen Gelegenheit, ihren Liberalismus zu beweisen.“

Dieser „Kulturkampf“ war ein „Elitensport“, insbesondere ein Hobby der Bildungsschichten; er entfremdete den Liberalen dafür das Gros der ländlichen Bevölkerung, der Bauern, die sie mit Kudlich und der Aufhebung der Feudallasten für sich gewonnen zu haben glaubten. Insbesondere die kleinbäuerlichen Massen standen bald ganz überwiegend in den Reihen der „Klerikalen“ oder „Ultramontanen“, wie man sie nannte, weil sie ihre Inspiration von jenseits der Berge, aus Rom, bezogen. Die Liberalen wurden damit zu einer Partei der Städte und einer relativ dünnen Schicht ländlicher Honoratioren. Nur in großbäuerlich dominierten Regionen, wie zum Beispiel in Kärnten, vor allem aber in Böhmen (und zwar im tschechischen wie im deutschen Teil!) waren sie auch in ländlichen Wahlkreisen mehrheitsfähig. Nicht zuletzt deshalb war das „Sudetenland“ – sprich: die deutschen Teile Böhmens, Mährens und Schlesiens – die Hochburg der österreichischen Liberalen: Dort waren die Bauern nicht „klerikal“; außerdem gab es eine dichte, wirtschaftlich prosperierende Städtelandschaft!

Dieser Bruch mit der Bauernschaft hatte weitreichende Folgen, die sich auch noch bemerkbar machten, als der Agraranteil längst dramatisch geschrumpft war und die Bauern nicht mehr die „schweigende Mehrheit“ des Volkes darstellten. Denn eine Ausweitung des Wahlrechts im demokratischen Sinne war für Liberale nicht mehr ganz so attraktiv, wenn die neuen Wähler rückschrittlich erschienen. Massenparteien wirkten als bedrohliches Phänomen: „Demokrat ist ein jeder, der monatlich 10 Kreuzer bezahlt und zu allem, was der Vorsitzende beantragt, Ja sagt,“ polemisierte eine satirische Zeitschrift.² Da blieb man dann schon lieber beim Elektorat von Besitz und Bildung. In Österreich umfasste das im neunzehnten Jahrhundert rund ein Viertel der erwachsenen Männer.

In den protestantischen Ländern – in England, aber auch in Preußen – war die Situation anders: Da stießen die „fortschrittlichen“ Liberalen auf eine fest gefügte konservative Partei als Phalanx der alten Eliten, gegen die sie

² Figaro, 29.2.1868.

breitere Volksschichten zu mobilisieren versuchten. Dort ging die Entwicklung in eine linksliberale Richtung, bis hin zu dem Versuch, auch noch die frühe Arbeiterbewegung zu integrieren. In Österreich (oder in Italien) hatten der Gegner, die „Klerikalen“, kaum Rückhalt in den oberen Rängen der Gesellschaft, selbst im Adel nur mit Einschränkungen. Im Vordergrund stand dagegen die Abwehr gegen alle Massenbewegungen. Hier entwickelten sich die „Freisinnigen“ zu rechtsliberalen Parteien, die von den Katholiken sozialpolitisch links überholt wurden.

Der Liberalismus als regierende Partei

Es gehört zu den weit verbreiteten Vorurteilen, den Mangel einer „wirklichen“ Revolution in Österreich zu beklagen. Dieses Lamento ist nicht allzu ernst zu nehmen. Die Erfahrung lehrt vielmehr, dass Revolutionen selten in liberale Systeme münden, je weniger, umso blutiger der Umsturz ausgefallen ist. Autokratische Regime gehen in der Regel viel mehr – und viel leichter – an ihrer Misswirtschaft zugrunde, eine Misswirtschaft, die eben beinahe systemimmanent ist, solange dem Staatsapparat kein Kontrollorgan gegenübersteht, das seiner Ausgabenfreudigkeit Zügel anlegt. Die Entwicklung in Österreich ist ein gutes Beispiel dafür: Der erste Anlauf zu einer liberalen Verfassung, die Revolution von 1848, scheiterte – wie in ganz Europa, aber in Österreich sogar noch ein wenig früher. Dennoch kam es ein Dutzend Jahre später zu einer Verfassung, mit den Liberalen als Regierungspartei. Die Liberalen kamen 1861 und 1867 letztendlich deshalb ans Ruder, weil der Staat vor dem Bankrott stand. (Selbst 1848 hatte dieser Faktor übrigens bereits eine große Rolle gespielt.)³ Die Finanzmärkte machten Druck für eine verfassungsmäßige Entwicklung, sobald sie neue Kredite von konstitutionellen Kontrollen abhängig machten – eine Entwicklung, die in unseren Tagen durchaus eine Parallele findet, damals wie heute von den Betroffenen nicht zufällig als „Souveränitätsverlust“ und „Kapitulaton der Politik“ beweint wird. Ein Parlament als berufene Vertretung der Steuerzahler, die dafür schließlich die Haftung zu tragen hatten, sollte die Kreditwürdigkeit des Staates festigen oder überhaupt erst wiederherstellen.

Ein konsequent liberales Programm beinhaltete (schon damals) nicht bloß einen „Kassasturz“, sondern eine „Sanierungskoalition“, sprich: Einsparungen im Staatshaushalt. An den beiden großen Brocken, die zwei Drittel der Ausgaben ausmachten, Militäraufwand und Schuldendienst, bissen sich die Liberalen allerdings die Zähne aus. Beamte (auch solche in Uniform) verteidigen ihre Stellung äußerst zäh; außerdem duldet der Kaiser beim Prestige als Großmacht keine Abstriche. Doch vielleicht konnte man bei der Staatsschuld sparen? Auch da stand man vor einem Dilemma: Sollten sich die Liberalen mit den Schulden ihrer autoritären Vorgänger belasten – aber konnte man deshalb das Eigentum der Gläubiger antasten? Nach langen Debatten, bei denen der Brünner Abgeordnete Skene (englisch ski:n ausgesprochen, weshalb seine Anhänger scherzhaft als Schinesen bezeichnet wurden) für den Staatsbankrott plädierte, entschied man sich für einen Mittelweg: Inländischen Gläubigern wurde durch einen Vorläufer unserer heutigen KEST ein Viertel ihrer Zinsen abgezwickelt.

„Manchester-Liberalismus“: Legende und Realität

Apropos Wirtschaft. In der Wirtschaftspolitik blieb den Liberalen ansonsten gar nicht mehr so viel zu tun übrig. Sie konnten hier in vielen Bereichen eine weitgehende liberale Ordnung übernehmen. Selbst mit der Privatisierung der Eisenbahnen hatte schon der „Neoabsolutismus“ einen Anfang gemacht. Jetzt wurde bloß der Rest der „ärarischen Güter“ abverkauft. Doch gerade die Eisenbahnen entwickelten sich zu einem Problem, das keine einfachen Patentlösungen zuließ. Eisenbahnen waren der Leitsektor, der Fortschritt verkörperte, durch seine Rückkoppelungseffekte das Wachstum beschleunigte – und außerdem noch strategische Bedeutung hatte. Deshalb wollte man ihren Ausbau nicht dem Markt überlassen. Verstaatlichung war in dem Fall auch plausibel zu machen, weil Bahnen ihren Kunden ja als Monopolisten gegenübertraten. Der Mittelweg, für den man sich hier entschied,

³ Ich verweise für alle Differenzierungen und Quellenangaben auf meine ausführlicheren Darstellungen: 1848. Österreich und die Deutsche Revolution (Wien 1998); Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882–1918 (Wien 1993) und: „Parteien und Fraktionen im cisleithanischen Reichsrat“ im 7. Band der Geschichte der Habsburgermonarchie 1848–1918 (Wien 2000) 895–1006.

lautete, Zinsgarantien an bevorzugte Gesellschaften zu verteilen. Diese Art von „Public-Private-Partnership“ zog Vorwürfe von Korruption und Günstlingswirtschaft nach sich, vielfach mit Recht. Die Liberalen wurden als „Verwaltungsratspartei“ bekannt, der Innenminister Giskra berüchtigt für seine nonchalante Bemerkung, ob er die Eisenbahnkonzessionen vielleicht in den Klingelbeutel hätte werfen sollen statt Provisionen einzustecken? Die liberale Paradezeitung „Neue Freie Presse“ wiederum hatte enge Verbindungen zum Hauptangeklagten in einem Korruptionsprozess.

Der Börsenkrach von 1873 diskreditierte einen Teil der Liberalen Partei – aber nicht das liberale System. Im Gegenteil: Was man den Liberalen vorwarf, war nicht ihr „laissez faire“, sondern im Gegenteil die immer noch viel zu engen Verbindungen zwischen Politik und Geschäft. Nicht „shareholder value“ war schlecht, sondern im Gegenteil, dass viele Aktionäre von betrügerischen Firmengründern, die einflussreiche Politiker oder Medien auf ihrer Seite hatten, um ihre Ersparnisse betrogen worden waren. (Der junge Schönerer war nur einer von vielen, die an diesen Zuständen laute Kritik übten – und dann leider pauschal die Juden dafür verantwortlich machte.) Der Liberalismus litt unter dem Krach von 1873 weniger als oft angenommen. Im Gegenteil: Im Herbst 1873 errangen die Liberalen ihren größten Wahlsieg.

Freilich: Die Gegner des Liberalismus beschwerten sich – einst und jetzt –, dass es den Liberalen doch nur ums Geld gehe. Ein Publizist verlieh dem Vorurteil klassischen Ausdruck, als er schrieb: „Kann eine Partei eine Zukunft haben, deren Enthusiasmus der Silberling ist? Wie hoch stehen Ultramontane, Sozialdemokraten, Antisemiten über einer solchen Partei?“⁴ Dieser Vorwurf entbehrte nicht einer ironischen Komponente, gipfelte er doch stets in der Forderung, der Staat müsse sich der eben noch so verachteten Ökonomie eben stärker annehmen. Er verriet auch die etatistischen Prämissen, die alles Wesentliche vom Staat geregelt wissen wollten. Die liberale Theorie lautete dagegen: Werte und Überzeugungen, zumal religiöse, sind etwas Persönliches, von Individuen nach ihren Vorlieben und Präferenzen zu entscheiden; Institutionen, juristische Personen, anonyme Apparate, letztlich auch der Staat können derlei affektive Regungen nicht in Anspruch nehmen und haben daher neutral zu agieren. Sie können nur funktional materielle Aufgaben wahrnehmen, sind dabei aber einer strengen Kontrolle zu unterwerfen.

Es stimmt: Sobald die Liberalen an der Macht waren, machte ihre Politik vielfach den Eindruck kleinlicher Pfennigfuchserie, eines Klimas des Misstrauens. Nach dem Pathos der Freiheits- und Verfassungskämpfe schien das ein Abstieg in die Niederungen des Alltags. Und doch bestand ein Zusammenhang: Die beste Verfassung war nichts wert, wenn die Kontrolle, die sie ermöglichte, nicht auch in der Praxis gewährleistet wurde. Wo Geld umverteilt wird, melden sich zwangsläufig Interessenten, mehr oder weniger würdige. Großzügigkeit mit „other people's money“ ist eben gerade keine liberale Tugend. Das Beharren auf dem sorgsamem Umgang mit öffentlichen Mitteln stellt ein Gebot der Fairness dar: Steuern sollten nach klaren und transparenten Regeln, nicht nach willkürlichen Meinungen, auch nicht aufgrund politisch mehrheitsfähiger Klientelbeziehungen ausgegeben werden.

Der Vorwurf, dass sich auch unter den Liberalen viele Lobbyisten befanden, die diesen hohen Ansprüchen zuwiderhandelten, ist nur allzu berechtigt – und hat zu scharfen internen Auseinandersetzungen geführt. Die Lehre, die sich daraus ziehen lässt, lautet nicht zuletzt, dass es wohl in den seltensten Fällen die oft zitierten unterprivilegierten Armen sind, die so gut organisiert sind, dass sie über schlagkräftige Lobbies verfügen, um die Staatsausgaben auch tatsächlich in ihre Richtung zu lenken. Die Polemik gegen den so genannten „Manchester-Liberalismus“ in Österreich ist ein gutes Beispiel dafür: Sie ging nicht von Arbeitern oder dem sprichwörtlichen „kleinen Mann“ aus, die gerne billig ausländische Fabrikate einkaufen wollten, sondern von den Fabrikanten, die sich mit Schutzzöllen gegen die englische Konkurrenz wehren wollten. Gerade die Bauern aber durchlebten zwischen 1848 und den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts das goldene Zeitalter der europäischen Landwirtschaft.

4 Zit. Anneliese Thimme, Hans Delbrück als Kritiker der wilhelminischen Epoche (Düsseldorf 1955) 31.

Das Ende der liberalen Ära

Jede liberale Verfassung steht vor dem Zielkonflikt, entweder der Volkssouveränität den Vorrang einzuräumen oder der Gewaltenteilung. In Österreich lag die Sache noch einmal komplizierter, weil es nicht bloß ein Volk gab, sondern viele Völker. Die österreichische Verfassung des Jahres 1867 entwickelte sich zu einem komplexen System von „checks and balances“ zwischen Kaiser und Parlament, aber auch zwischen den verschiedenen Nationen. Das war gut für das Prinzip der Gewaltenteilung, aber schlecht für den Machtanspruch der Parlamentsmehrheit.

Es war deshalb auch nicht der Börsenkrach, der die liberale Ära beendigte. Es war die große internationale Politik, die zu einer Neuauflage des Verfassungskonflikts führte, der mit einem Namen verbunden ist: Eduard Herbst, der umstrittene Führer der Liberalen, ein Prager Universitätsprofessor, von den Karikaturisten meist als eine Art Struwwelpeter dargestellt, warf 1878 dem Kaiser den Fehdehandschuh hin, weil er mit der Okkupation Bosniens nicht einverstanden war, die enorme Kosten verursachte und das Budgetrecht des Parlaments untergrub. Parlamentarische Öffentlichkeit und hintergründige Kabinettpolitik waren nicht bloß damals schwer unter einen Hut zu bringen. Ohne ihn und die Liberalen könne man Österreich nicht regieren, glaubte Herbst.

Franz Joseph bewies ihm das Gegenteil. Nicht populärer Unmut, sondern der Verlust der Unterstützung „von oben“, die in vielen gemischtsprachigen Wahlkreisen entscheidend war, kostete die Liberalen bei den Wahlen 1879, dem „Königgrätz der Verfassungspartei“, wie es die „Neue Freie Presse“ nannte, die Mehrheit im Reichsrat. Die übernationale Exekutive verstand die Antagonismen der verfeindeten deutschen und slawischen nationalliberalen Bewegungen geschickt zu manipulieren. Das Ergebnis war ein raffiniertes Dreiecksverhältnis von liberalen Eliten, die nicht mehr an der Macht waren, antiliberalen Massenbewegungen, die noch nicht an der Macht waren, und der Krone, die beide bei Bedarf gegeneinander ausspielte.

Das Leben nach dem Tode

Wie immer man „Liberalismus“ definiert, keine Partei – bei all der soziologischen Eigendynamik, die Organisationen prägt – besteht aus „lupenreinen“ Liberalen. Die Kehrseite der Medaille ist: Ebenso wenig verschwand der Liberalismus als politisches System, nur weil die deutschliberale „Verfassungspartei“ zwischen 1878 und 1881 aus der Regierung verdrängt wurde und nach einem gescheiterten Comeback schließlich 1895 zerfiel. Man kann es sogar als Kompliment betrachten, dass das System, das die Liberalen maßgeblich mit geschaffen hatten, auch ohne Überzeugungstäter funktionierte. Die entscheidende Zäsur, den Bruch mit der „Welt von gestern“, die liberal war, auch wenn sie darauf gar keinen gesteigerten Wert mehr legte, stellte erst der Weltkrieg dar. Der „Kriegssozialismus“, auch wenn er nicht von gläubigen Marxisten, sondern von konservativen Beamten praktiziert wurde, ließ etatistische Regelungen in Fleisch und Blut übergehen. In der Habsburgermonarchie waren die Nationalisten immer Staats skeptiker – und damit beinahe schon Liberale wider Willen – gewesen; in den Nachfolgestaaten entfalteten Nationalismus und Staatsgewalt, endlich vereint, ein gefährliches totalitäres Potenzial.

Nach dem Zerfall der Liberalen fungierte im letzten Vierteljahrhundert der Habsburgermonarchie als Nachlassverwalterin die Fortschrittspartei mit ihren Hochburgen zwischen Brünn und Aussig; in Wien überlebten nur Splittergruppen. Als Parteiformationen machten diese Liberalen nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts weniger als zehn Prozent der Wähler aus – und wurden nach dem Weltkrieg aufgesogen. Die Liberalen hatten vor 1918 zum Teil auch die Sozialdemokraten als Freiheitliche betrachtet, als Bündnispartner gegen die Klerikalen (z. B. bei den Wahlen in Wien 1911). Jetzt war der Kulturkampf durch eine andere Frontstellung abgelöst worden. Seitdem die Diktatur des Proletariats keine phantasievolle Phrase mehr war, sondern Realität – in Russland, kurzfristig auch in Ungarn – erschien die bürgerlich-liberale Eigentumsordnung existenziell bedroht. Jetzt galt es, zusammen mit den Christlichsozialen den Marxismus abzuwehren. Es gehört zu den Ironien der Geschichte, dass es mit Ignaz Seipel ein katholischer Prälat war, der sich nach 1918 in (Deutsch-)

Österreich um die Restauration einer liberalen Wirtschaftsordnung bemühte (und ehemalige Liberale als Minister rekrutierte). Von den kleinen freiheitlichen Parteien war im bäuerlichen Landbund das liberale Erbe vielleicht am meisten lebendig; die Großdeutschen verkörperten die bildungsbürgerliche Tradition, obrigkeitsstaatliche Instinkte lagen ihr jedoch nicht fern – und die Regierungskrisen, die sie als Juniorpartner der Christlichsozialen auslösten, drehten sich im Kern immer um die Beamtengehalte. In Wien existierte als Unikum auch eine Bürgerlich-Demokratische Partei, die den Grafen Czernin in die Nationalversammlung entsandte. Schließlich erwies sich nach der Weltwirtschaftskrise die Versuchung als übermächtig, den roten und schwarzen Massenbewegungen mit einer dritten faschistischen Massebewegung zu begegnen, die das liberale Erbe offen verwarf und die proklamierte nationale Solidarität der „Volksgemeinschaft“ mit antimarxistischen, aber dabei nicht weniger sozialistischen Inhalten auffüllte.

Nach 1945 blieben die Strukturen der alten weltanschaulich geprägten politischen Lager erhalten, auch wenn das ideologische Element immer mehr verblasste. Historische Prägungen wirkten nach, auch wenn das auslösende Moment (wie z. B. der Kulturkampf) an Aktualität längst verloren hatte. Als Abgrenzungskriterium zwischen ÖVP und FPÖ gewann eine Zeitlang die Definition der nationalen Identität (deutsch – österreichisch) an Bedeutung, doch auch da verliefen die Fronten nicht immer so scharf. Die Gesellschaftsordnung der Zweiten Republik näherte sich durchaus konsensual einer wohlfahrtsstaatlichen Praxis an, die sozialdemokratischen Vorstellungen mehr Rechnung trug als anderswo im freien Europa.⁵ Auch die oppositionelle FPÖ entwarf dazu bei mancher Kritik im Detail kein Alternativkonzept. Ein FPÖ-Politiker (dem sein Parteichef nicht zufällig einmal „manchesterliberale“ Allüren vorwarf⁶) sprach einmal kokett davon, es gebe im Parlament zweieinhalb sozialistische Parteien. Die Chiffren „liberal“ und „national“ wurden als gebräuchliches parteiinternes Unterscheidungsmerkmal strapaziert; inhaltlich waren beide Etiketten nicht überzeugend. Wenn sich kaum ein Spitzenpolitiker eindeutig einer von beiden Orientierungen zuordnen ließ, mochte das für eine gelungene Synthese sprechen, in Zeiten innerparteilicher Konflikte – und das schließt Abspaltungen mit ein – war jedoch der Eindruck vorherrschend, dass es nicht so sehr Liberale und Nationale gab, sondern in erster Linie Antiliberale und Antinationale. Aber damit nähern wir uns bereits der Gegenwartspolemik...

5 Lothar Höbelt, Von der Vierten Partei zur Dritten Kraft. Die Geschichte des VdU (Graz 1999).

6 Friedrich Peter über Tassilo v. Broesigke, Brief vom 8. Juli 1965.

Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe – bisher erschienen

HEFT 1 (1981)

Albert Kadan: Parteifinanzierung in Österreich und der Bundesrepublik Deutschland

Erich Reiter: Vorschläge zur Neuregelung der Parteifinanzierung in Österreich
(vergriffen)

HEFT 2 (1982)

Wilhelm Brauner: Staatsausgaben
(vergriffen)

HEFT 3 (1984)

Erich Reiter: Reform des Bundesrates
(vergriffen)

HEFT 4 (1984)

Eva Steindl: Die Fremdenverkehrsgesetze der Bundesländer
(vergriffen)

HEFT 5 (1985)

Erich Reiter (Hg.): Die friedenserhaltenden Operationen im Rahmen der Vereinten Nationen. Der Beitrag der neutralen Staaten Europas
(vergriffen)

HEFT 6 (1985)

Heinz Vetschera: Die Rüstungsbeschränkung des österreichischen Staatsvertrages aus rechtlicher, politischer und militärischer Sicht
(vergriffen)

HEFT 7 (1986)

Lothar Höbelt: Die Bundespräsidentenwahlen in der Ersten und Zweiten Republik
(vergriffen)

HEFT 8 (1986)

Helmut Berger: Verfahrensökonomie zum Verfahren 1. Instanz nach AVG und BAO
(vergriffen)

HEFT 9 (1986)

Anton Pelinka: Grün-alternative Aspekte in Ideologie und Programmatik der SPÖ
Manfried Welan: Grün-alternative Aspekte in Ideologie und Programmatik der ÖVP
Erich Reiter: Fortschritts- und Wachstumsverständnis in Ideologie und Programmatik der FPÖ
(vergriffen)

HEFT 10 (1987)

Ulrike Leopold-Wildburger: Ökonomie und Ökologie im Test der Meinungen
(vergriffen)

HEFT 11 (1987)

Heinrich Schneider: Akzeptanzprobleme der österreichischen Landesverteidigung
(vergriffen)

HEFT 12 (1988)

Ulrike Leopold-Wildburger: Österreich am Weg nach Europa. Modelle – Stichproben – Methoden. Eine arbeitsökonomische Studie zum Meinungsbild der Österreicher

HEFT 13 (2006)

DIE ZUKUNFT EUROPAS

Franco Algieri: Zustand und Entwicklungsszenarien der EU im Lichte der Krise

Peter Schmidt: Die weltpolitischen Herausforderungen für die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Herbert Scheibner: Friedensprojekt „EUropa“ vor neuen Herausforderungen

Erich Reiter: Die Aufnahme der Türkei – eine sicherheitspolitische Überdehnung?

HEFT 14 (2006)

Waldemar Hummer: Zum weiteren Schicksal des Vertrages über eine Verfassung für Europa

HEFT 15 (2006)

STEUERPOLITIK

Ernst Gehmacher: Im Zyklus gefangen zwischen Wachstum und Krise

Erich E. Streissler: Steuerpolitik und Umverteilung

Oliver Ginthör: Steuergerechtigkeit aus Sicht der Steuerzahler

Herbert Scheibner: Überlegungen zur Steuerpolitik

HEFT 16 (2006)

KAMPF DER KULTUREN? EUROPA UND DER ISLAM

Elsayed Elshahed: Zwischen Menschenrechten und Menschenwürde. Einige Gedanken zur Rezeptionsproblematik der Meinungsfreiheit

Hans Winkler: Toleranz ist keine Einbahnstraße

Herbert Scheibner: Ist ein „Kampf der Kulturen“ vermeidbar?

Erich Reiter: Integration und/oder Kulturkampf

KINDER UND GEWALT: OPFER UND TÄTER

Herbert Scheibner: „Kinder und Gewalt: Opfer und Täter“

Katharina Beclin: Erfordert die Entwicklung der Kriminalität Unmündiger neue Antworten?

Karin Gastinger: Ein politisches Statement zum Thema Kinder und Gewalt

Gabriele Zierung: Kinder und Gewalt: Opfer und Täter

Astrid v. Friesen: „Kinder und Gewalt. Opfer und Täter“

HEFT 17 (2006)

Manfried Welan: Unwissenheit als Grund von Freiheit und Toleranz. Drei Weisungen aus dem alten Österreich: Friedrich August von Hayek, Karl Raimund Popper, Hans Kelsen

Lothar Höbelt: Das Schicksal des politischen Liberalismus in Österreich

Walter M. Iber, Erich Reiter: Die Soziale Marktwirtschaft als Ausdruck wirtschaftsliberalen Denkens. Programmatistische Positionen der politischen Parteien seit 1945

Alfred Gerstl: Der verspätete Liberalismus im Österreich nach 1945. Politische, gesellschaftliche und „liberale“ Ursachen

Walter M. Iber: Der „Raab-Kamitz-Kurs“: Liberale Wirtschaftspolitik?

Friedhelm Frischenschlager, Erich Reiter: Teilweise überarbeitete Auszüge aus: Liberalismus in Europa

Anhang: Wirtschaftspolitische Positionen der österreichischen Parteien seit 1945: ÖVP, SPÖ, FPÖ/BZÖ und die Grünen

HEFT 18 (2006)

VOM LIBERALEN ZUM SOZIALEN STAAT

Erich Reiter: Einbegleitung: Über den politischen Gebrauch des Wortes „Liberalismus“

Manfried Welan: Liberales im Verfassungsrecht des Bundes

Urs Schöttli: Vom liberalen zum sozialen Staat. Eine ostasiatische Perspektive

Andreas Unterberger: Bürgerlich: Was ist das?

Gunther Tichy: Die neue Unsicherheit

Ernst Gehmacher: Die Gesellschaftsordnung des Erfolges. Der liberale Sozialstaat

Wolfgang Neumann: Welche Zukunft für den Sozialstaat? Europäischer und internationaler Vergleich

Jörg Schütze: Mittelstandsförderung und Fremdkapitalbedarf. Basel II und die Folgen

Werner Pleschberger: Generationenvertrag – (noch) sozial gerecht?

HEFT 19 (2006)

DER LANGSAME WEG ZU EINER EUROPÄISCHEN SICHERHEITSPOLITIK

Lothar Rühl: Entwicklung und Möglichkeiten der ESVP

Reinhardt Rummel: Das Ende des Provinzialismus? Europäische und transatlantische Perspektiven der ESVP

Erich Reiter: Europas Sicherheitspolitik nimmt nur sehr langsam Gestalt an

Heinz Gärtner: Die Zukunft europäischer Armeen: Traditionalisten und Modernisierer. Woran orientiert sich Österreich?

Günter Hochauer: Verteidigungspolitische Erfordernisse. Konsequenzen aus dem stagnierenden Prozess einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Erich Eder: Miliz – Zukunftsträchtig für moderne Streitkräfte? Die Nationalgarde in den Vereinigten Staaten von Amerika

Helge Lerider: Die Türkei und die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union

HEFT 20 (2007)

DIE GENERATIONENFRAGE AUS LIBERALER PERSPEKTIVE

Wolfgang Mazal: Brauchen wir einen neuen Generationenvertrag?

Urs Schoettli: Die alternde Gesellschaft. Eine zentrale Herausforderung an die liberale Politik

Werner Pleschberger: Perspektiven des Generationenvertrages. Realistische Solidaritätskultur, neue Rechtsnormen und Institutionen

Thomas Neumann: Der Nachhaltigkeitsfaktor. Ein Instrument zur Generationengerechtigkeit im österreichischen Pensionssystem

Andreas Kirschofer-Bozenhardt: Spurensuche nach den großen Problemen

HEFT 21 (2007)

FÖDERALISMUS ALS GESTALTUNGSPRINZIP

Franz Fiedler: Föderalismus als Gestaltungsprinzip

Peter Bußjäger: Streiflichter zum österreichischen Föderalismus

Gerhart Wielinger: Legenden, Glaubenssätze und die österreichische Wirklichkeit. Bemerkungen eine langjährig praktizierenden Föderalisten

Günter Voith: Schein und Sein im österreichischen Föderalismus

Martin Malek: Russlands „Energieaußenpolitik“ und der Südkaukasus. Geopolitik, „frozen conflicts“ und europäische Abhängigkeiten

HEFT 22 (2007)

GENFORSCHUNG, GENTECHNIK UND GENMEDIZIN

Andreas Kirschofer-Bozenhardt: Statt eines Vorwortes: Genforschung verliert Schrecken.

Ergebnisse einer IMAS-Umfrage im Auftrag des Internationalen Instituts für liberale Politik Wien

Michael Stormann: Genmedizin in Europa

Clemens Leitgeb: Genmedizin in der Onkologie

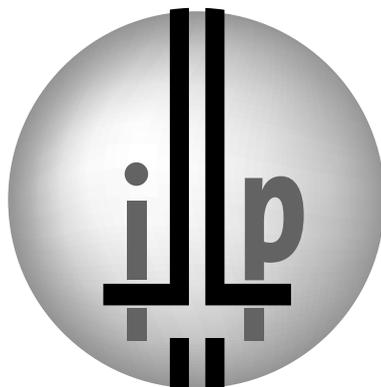
Wolfgang Schallenberg: „Genmedizin“. Gentechnik in der Medizin aus wirtschaftlicher Sicht

Iris Kempe: Die europäisch-russischen Beziehungen und die Russlandpolitik der EU

Das Internationale Institut für liberale Politik Wien (IILP) wurde im Herbst 2005 gegründet und bezweckt die Förderung liberaler Politik, insbesondere in den Bereichen der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik, internationale Beziehungen, Europapolitik, Außen- und Sicherheitspolitik sowie hinsichtlich aktueller Fragen der österreichischen Politik.

Das IILP versteht sich als bürgerlicher und proeuropäischer Think-Tank für Österreich. Im Rahmen seines wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Programms lädt es zu zahlreichen Veranstaltungen. Neben anderen Publikationen gibt es die „Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe“ heraus.

IILP – ZVR Zahl 425665530



Internationales Institut
Liberale Politik Wien